

87 Editorial von Stefan Liebig, Jule Adriaans und Sandra Bohmann



89 Bericht von Sandra Bohmann und Matteo Targa

Frauen sind für Diskriminierung sensibler geworden



97 Bericht von Sandra Bohmann und Stefan Liebig

Knapp ein Drittel der EuropäerInnen zweifelt an Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt

106 Interview mit Stefan Liebig



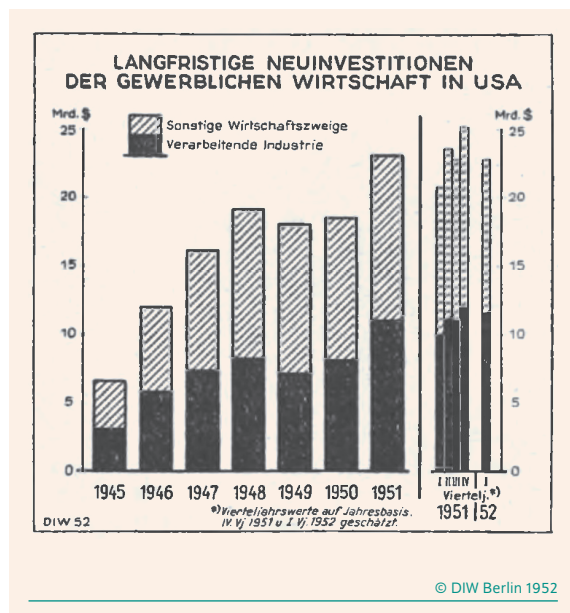
107 Bericht von Cristóbal Moya und Jule Adriaans

Gerechtigkeitsprofile in Europa: Große Unterschiede bei der Bewertung von Ungleichheit

116 Kommentar von Kerstin Bernoth und Alexander Kriwoluzky

Preiskontrollen eignen sich nicht, um die Inflation zu bekämpfen

Die konjunkturelle Lage in den Vereinigten Staaten



Das Zusammenspiel der konjunkturellen Kräfte, der expansiven, die von den steigenden Rüstungsausgaben und dem durch sie bedingten Haushaltsdefizit und den hohen privaten Investitionen ausgehen, und der kontraktiven, die auf der Verbraucherzurückhaltung beruhen, hat das wirtschaftliche Klima der Vereinigten Staaten in den letzten Monaten bestimmt. Der durch dieses Zusammenspiel geschaffene Zustand eines labilen Gleichgewichtes, in dem sich inflatorische und deflatorische Tendenzen die Waage halten und der die Gefahr eines plötzlichen, durch eine Änderung der Konsumneigung heraufbeschworenen Auftriebs nicht ausschließt, ist auch heute noch gegeben.

Aus dem Wochenbericht Nr. 7 vom 15. Februar 1952

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

89. Jahrgang 16. Februar 2022

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten
Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Sabine Fiedler

Lektorat

Boryana Ilieva; Virginia Sondergeld; Clara Schäper

Redaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik;
Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter

EuropäerInnen nehmen Defizite in der sozialen Gerechtigkeit wahr

Stefan Liebig, Jule Adriaans und Sandra Bohmann

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat 2007 den 20. Februar zum Internationalen Welttag der sozialen Gerechtigkeit erklärt. Mit diesem Tag soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass soziale Gerechtigkeit „für die Herbeiführung und Wahrung von Frieden und Sicherheit innerhalb der Nationen und zwischen ihnen unerlässlich sind“ und deshalb „die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Armutsbeseitigung sowie zur Förderung der Vollbeschäftigung und einer menschenwürdigen Arbeit, der Gleichstellung der Geschlechter und des Zugangs aller Menschen zu gesellschaftlichem Wohlstand und zu Gerechtigkeit weiter verstärkt werden müssen“.

In den öffentlichen und politischen Debatten stehen ökonomische Ungleichheiten dabei häufig im Fokus. Der US-amerikanische Philosoph Harry G. Frankfurt hat jedoch in seinem vielbeachteten Beitrag „On Inequality“ darauf hingewiesen, dass aus gerechtigkeits-theoretischer Sicht eigentlich nicht die Frage wichtig ist, ob der eine mehr oder weniger hat als die andere, sondern die Frage, ob jeder und jede ausreichend viel hat, um ein angemessenes Leben führen zu können. Es sollte also für die Debatten um soziale Gerechtigkeit nicht einzig relevant sein, ob etwa die klassischen Maße für die Messung der Verteilungsungleichheit – zum Beispiel der Gini-Koeffizient – um einzelne Prozentpunkte gestiegen oder gesunken sind. Zuerst sollten sich die politisch Verantwortlichen um die Bekämpfung von Armut, die Gewährleistung eines Mindestmaßes an Lebensstandard und fairen Chancen kümmern.

Diese erweiterte Perspektive auf soziale Gerechtigkeit wird in den drei Berichten dieser Wochenberichts-ausgabe aufgegriffen: Gleichbehandlung, Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit. Im Fokus steht dabei die Perspektive der Bürgerinnen und Bürger. Das ist wichtig, weil politische

Maßnahmen, die – im Einklang mit der 2007 verabschiedeten UN-Resolution – auf die Förderung sozialer Gerechtigkeit abzielen, auf breite Unterstützung in der Bevölkerung angewiesen sind. Deshalb ist eine Bestandsaufnahme der Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit in Europa wichtig, um aufzuzeigen, wo Politik ansetzen muss.

Der Bericht zum subjektiven Diskriminierungsempfinden zeigt, dass sich nicht einmal jeder zehnte Europäer oder jede zehnte Europäerin einer diskriminierten Gruppe zugehörig fühlt. Allerdings ist der Anteil derer, die sich so sehen, zwischen 2008 und 2018 um fast ein Viertel gestiegen. Der Anteil derer, die sich aus mehreren Gründen diskriminiert fühlen, hat sich sogar verdoppelt. Die Menschen nehmen also systematische Benachteiligungen der eigenen Gruppe immer häufiger wahr.

Aus dem zweiten Bericht geht unter anderem hervor, dass knapp ein Drittel der Europäer und Europäerinnen in ihren Heimatländern die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt eher nicht erfüllt sieht. Auch hier zeigt sich, dass benachteiligte Personengruppen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt als weniger gerecht einschätzen und auch sensibler für allgemeine Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt sind.

Das ist vor allem deshalb bedenklich, weil der Arbeitsmarkt eine zentrale Rolle für die Verteilung von Einkommen, Status und Ansehen spielt und damit ein zentraler Ort der Produktion sozialer Ungleichheiten in der Gesellschaft ist. Haben nicht alle einen gerechten Zugang zum Arbeitsmarkt, dann scheint es auch fraglich, ob die daraus resultierenden Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung gerecht sein können.

Schaut man sich an, wie erwerbstätige Personen ihr eigenes Einkommen, die Einkommen anderer und auch Vermögensunterschiede bewerten, zeigt sich: In Europa werden umfangreiche Gerechtigkeitsdefizite bei Einkommen und Vermögen deutlich. Insbesondere in Osteuropa gibt es viele *Kritiker und Kritikerinnen*, die sowohl ihr eigenes Einkommen als auch die Einkommens- und Vermögensunterschiede in ihrem Land als ungerecht bewerten. In nord- und westeuropäischen Ländern sind hingegen *Altruisten und Altruistinnen* häufiger vertreten: Sie bewerten zwar ihr eigenes Einkommen als gerecht, Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen in der Gesellschaft aber dennoch als ungerecht. Besonders häufig werden Einkommen am unteren Ende der Einkommensverteilung als ungerecht bewertet. Diese besondere Sorge um die Situation der Ärmsten ist in Deutschland weit verbreitet und spiegelt auch die Perspektive von Harry G. Frankfurt wider: Absicherung nach unten und Gewährleistung eines angemessenen Lebensstandards. Politische Maßnahmen, die es sich zum Ziel setzen, dieser Verteilungsungerechtigkeit zu begegnen, sollten berücksichtigen, „wo“ Gerechtigkeitsdefizite bestehen und – in Deutschland – zum

Beispiel die unteren Einkommen stärken. Insofern erscheinen die Vorhaben der neuen Bundesregierung in die richtige Richtung zu weisen, wenn sie durch die Einführung des Bürgergelds und der Anhebung der Mindestsicherungsbeiträge am unteren Rand der Einkommensverteilung ansetzen und dort Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger voranbringen wollen.

Die drei Forschungsberichte in dieser Wochenberichts Ausgabe zeigen: In allen drei Bereichen – Gleichbehandlung, Chancengerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit – werden Defizite in der sozialen Gerechtigkeit in Europa wahrgenommen. Die von der UN ausgerufene Notwendigkeit, soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen, wird also auch vom Souverän identifiziert. Die Studienergebnisse deuten darauf hin, dass dort, wo Ungerechtigkeit deutlicher wahrgenommen wird, auch politische Maßnahmen zu deren Beseitigung mehr Unterstützung erfahren. Gleichzeitig wird klar, dass die Bürgerinnen und Bürger dort, wo sie das Versprechen sozialer Gerechtigkeit in höherem Maße erfüllt sehen, auch zufriedener mit der Demokratie sind.

Stefan Liebig ist Direktor der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin sowie Mitglied des DIW-Vorstands | sliebig@diw.de

Jule Adriaans ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel im DIW Berlin | jadriaans@diw.de

Sandra Bohmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel im DIW Berlin | sbohmann@diw.de

Frauen sind für Diskriminierung sensibler geworden

Von Sandra Bohmann und Matteo Targa

- Nicht einmal jede und jeder zehnte Befragte in 17 untersuchten europäischen Ländern fühlt sich einer diskriminierten Gruppe zugehörig
- Anteil ist von 2008 bis 2018 jedoch um ein Viertel gestiegen, vor allem Frauen nehmen Diskriminierung verstärkt wahr
- Herkunft, Sprache, Ethnie und Religion bleiben wichtigste Ursachen für empfundene Benachteiligungen
- Mehrdimensionale Diskriminierung, bei der sich mehrere Diskriminierungsformen überschneiden, wurde 2018 doppelt so häufig wahrgenommen wie noch 2008
- Ergebnisse zeigen, dass für Benachteiligungen erfolgreich sensibilisiert wurde und damit die Basis zur Bekämpfung von Diskriminierung gelegt wurde

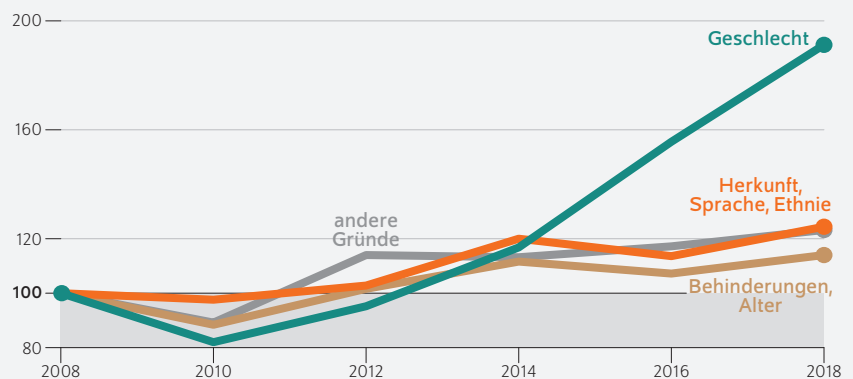
Nur wenige EuropäerInnen fühlen sich einer diskriminierten Gruppe zugehörig, aber der Anteil derer, die dies aufgrund ihres Geschlechts oder sexuellen Orientierung tun, hat sich verdoppelt



8

von hundert EuropäerInnen fühlen sich einer diskriminierten Gruppe zugehörig.

Quelle: Eigene Darstellung; ESS-Daten.



Die Nennungen verschiedener Gründe für die empfundene Diskriminierung haben sich im Vergleich zu 2008 nach oben verschoben.

© DIW Berlin 2022

ZITAT

„Unsere Studie zeigt, dass das Diskriminierungsbewusstsein unter den potenziell Betroffenen zugenommen hat. Die Befragungen des Eurobarometer deuten allerdings daraufhin, dass die allgemeine Bevölkerung eher davon ausgeht, dass Diskriminierung zurückgeht. Daher ist es wichtig, die Wahrnehmung der Betroffenen darzustellen.“

— Matteo Targa —

Frauen sind für Diskriminierung sensibler geworden

Von Sandra Bohmann und Matteo Targa

ABSTRACT

Seit langem versuchen Politik und Zivilgesellschaft auf allen Ebenen Diskriminierung zu bekämpfen. Die ergriffenen Maßnahmen können aber nur dann erfolgreich sein, wenn Menschen sensibel für die Benachteiligung von Gruppen oder Einzelpersonen sind. Deshalb ist es wichtig zu messen, inwieweit die Bevölkerung für Diskriminierung sensibilisiert ist. In diesem Wochenbericht wird für 17 europäische Länder für die Jahre 2008 bis 2018 untersucht, wie viele Menschen sich als Angehörige einer diskriminierten Gruppe empfinden und warum. Insgesamt fühlt sich nicht einmal jeder und jede zehnte Befragte einer diskriminierten Gruppe zugehörig. Allerdings ist der Anteil derer, die die eigene Gruppe von Diskriminierung bedroht sehen, in den untersuchten zehn Jahren um ein Viertel gestiegen. Vor allem Frauen sind sensibler für Diskriminierung geworden. Außerdem fühlen sich immer mehr Menschen aus verschiedenen Gründen gleichzeitig von Diskriminierung bedroht. Andere Datenquellen zeigen, dass Diskriminierung in der breiten Bevölkerung eher als rückläufig wahrgenommen wird. Gerade deshalb ist die Perspektive der Betroffenen wichtig.

Die Europäische Kommission verabschiedete im Sommer 2008 mehrere Maßnahmen, um in der Union Chancengleichheit zu fördern und Diskriminierung zu bekämpfen. Unter anderem sollte der Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen in den Mitgliedstaaten einheitlicher angewendet werden.¹ Des Weiteren legte die Kommission eine Richtlinie vor, die Diskriminierung aufgrund von Alter, Behinderung, sexueller Ausrichtung, Religion oder Weltanschauung außerhalb des Arbeitslebens verbot.² Die Akzeptanz von solchen Maßnahmen hängt entscheidend davon ab, wie sensibel Menschen für Diskriminierung sind. Diskriminierung kann nur adressiert werden, wenn sie auch wahrgenommen wird. Deshalb ist es wichtig zu messen, inwieweit die breite Bevölkerung für Diskriminierung sensibilisiert ist. Konkrete rechtliche Schritte können allerdings in der Regel nur von den Betroffenen selbst eingeleitet werden. Deshalb ist die Sensibilisierung von potenziell Betroffenen besonders wichtig.

Dieser Wochenbericht ergänzt die von der Europäischen Kommission, auf Basis von Sonderbefragungen im Eurobarometer (Spezial-Eurobarometer³) vorgelegten Berichte⁴ zur Diskriminierung in der EU durch eine Auswertung der Befragungsdaten des European Social Survey (ESS) von 2008 bis 2018 (Kasten 1).⁵ Die Fragen im ESS zielen darauf ab,

¹ Europäische Kommission (2007): Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles. KOM(2007) 424 endgültig; Brüssel, 18.7.2007 (online verfügbar, abgerufen am 26. Januar 2022). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt; Europäisches Parlament (2008): Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Frauen und Männer (2008/2012(INI)), Straßburg, 18.11.2008 (online verfügbar).

² Europäische Kommission (2008): Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit: Erneuerter Engagement. KOM(2008) 420 endgültig Brüssel, 27.2.2008 (online verfügbar).

³ Beim Eurobarometer handelt es sich um eine wiederholte Querschnittsbefragung. Dabei werden mindestens 1000 Personen pro EU-Land befragt. Weitere Informationen zum Eurobarometer sind online verfügbar.

⁴ Europäische Kommission (2008): Diskriminierung in der Europäischen Union: Wahrnehmungen, Erfahrungen und Haltungen. Bericht. Eurobarometer Spezial 296 (online verfügbar); Europäische Kommission (2009): Diskriminierung in der EU im Jahr 2009: Bericht. Eurobarometer Spezial 317 (online verfügbar); Europäische Kommission (2012): Discrimination in the EU in 2012: Report. Special Eurobarometer 393 (online verfügbar); Deutsche Kurzfassung (online verfügbar); Europäische Kommission (2015): Discrimination in the EU in 2015: Report. Special Eurobarometer 437 (online verfügbar); Europäische Kommission (2019): Discrimination in the European Union: Report. Special Eurobarometer 493 (online verfügbar); Deutsche Kurzfassung (online verfügbar).

⁵ Aktuellere Befragungsdaten stehen derzeit noch nicht zur Verfügung. Jüngere Daten der Welten 1 bis 3 aus den Jahren 2002 bis 2006 wurden hier nicht verwendet, da einige Indikatoren für

Kasten 1

Datengrundlage

Im European Social Survey (ESS) werden in den europäischen Ländern alle zwei Jahre Befragungen mit einer repräsentativen Stichprobe der Bevölkerung über 15 Jahren durchgeführt. Es handelt sich um eine wiederholte Querschnittsbefragung. Ein Teil des Fragenkatalogs bleibt immer gleich. Auch wenn die Gruppe der Teilnehmenden bei jeder Befragung wechselt, können Durchschnittswerte für die Länder über die Zeit hinweg verglichen und so allgemeine Trends aufgedeckt werden.¹ Allerdings sind nicht alle Länder an jeder Befragungswelle beteiligt. Daher beziehen sich die Analysen in diesem Bericht auf die Informationen von 193 715 Befragten aus den 17 Ländern, die von 2008 bis 2018 durchgehend Teil der Befragung waren: Deutschland, Frankreich, Spanien, Portugal, Vereinigtes Königreich, Irland, Belgien, die Niederlande, Norwegen, Schweden, Finnland, Polen, Tschechien, Ungarn, Estland, Slowenien und die Schweiz.

Im ESS werden auch einige wenige Fragen zur Diskriminierung gestellt. Die Auswertung dieser Fragen ist sinnvoll, um die Ergebnisse des Eurobarometers zu ergänzen und zu validieren. Ein Vorteil des ESS gegenüber dem Eurobarometer liegt in der größeren Anzahl der Befragten pro Land. Das ist wichtig, weil der Anteil der Befragten, die bestimmten diskriminierten Gruppen angehören, relativ gering ist. Die Messung der subjektiv empfundenen Diskriminierung wird also genauer, umso mehr Menschen in einem Land befragt werden.

¹ Die Datenstruktur des ESS ist der des Eurobarometer relativ ähnlich.

ob sich die Befragten selbst als Angehörige einer diskriminierten Gruppe fühlen. Mit dieser Fokussierung auf die subjektive Betroffenheit stellt der ESS inhaltlich eine wichtige Ergänzung zu den Eurobarometer-Befragungen dar. Letztere zielen eher auf die Wahrnehmung von Diskriminierung im Allgemeinen ab. In diesem Bericht wird vor allem untersucht, wie sich das subjektive Diskriminierungsempfinden verändert hat und was die Gründe dafür sind. Es wird also gemessen, ob die politischen und zivilgesellschaftlichen Bemühungen um größere Sensibilität gegenüber Diskriminierung bei den potenziell Betroffenen ankommen.

Immer mehr Menschen fühlen sich einer diskriminierten Gruppe zugehörig

Im ESS werden die Teilnehmenden alle zwei Jahre gefragt, ob sie sich als Angehörige einer Gruppe sehen, die in ihrem Land diskriminiert wird.⁶ Insgesamt fühlt sich nur ein kleiner Teil der Befragten einer oder mehrerer diskriminierten

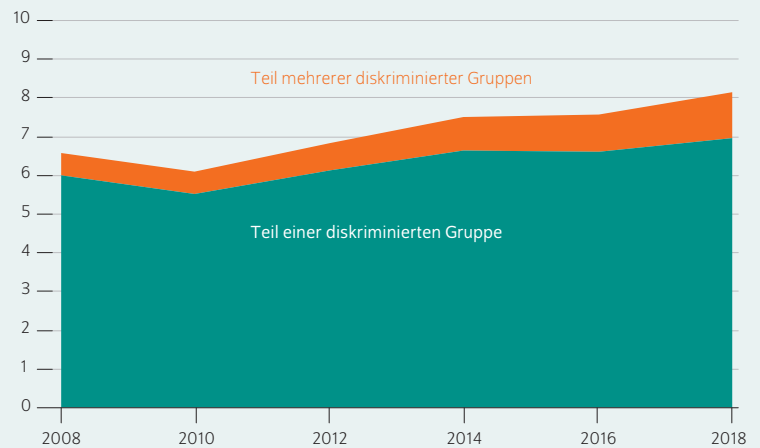
diesen Zeitraum nicht verfügbar sind.

⁶ Die konkrete Frage lautet: „Würden Sie sich selbst als Angehörige(r) einer Bevölkerungsgruppe bezeichnen, die in [LAND] diskriminiert wird?“ Die Befragten konnten mit „Ja“, „Nein“ oder „Weiß nicht“ antworten.

Abbildung 1

Veränderung des Diskriminierungsempfindens in Europa

Anteil der Befragten, die sich als Teil einer oder mehrerer diskriminierter Gruppen sehen; in Prozent



Quelle: ESS-Wellen 4–9 ausgewählte Länder (siehe Kasten 1); gewichtete Werte

© DIW Berlin 2022

Immer mehr Menschen empfinden sich selbst als Angehörige einer oder mehrerer diskriminierter Gruppen.

Gruppen zugehörig: Zwischen 2008 und 2018 bejahte weniger als jeder zehnte Europäer und jede zehnte Europäerin diese Frage.⁷ Über die Zeit hinweg ist der Anteil allerdings gestiegen (Abbildung 1): Im Jahr 2008 fühlten sich 6,6 Prozent der Gesamtbevölkerung einer oder mehreren diskriminierten Gruppen zugehörig, 2018 waren es bereits 8,1 Prozent.⁸ Dies entspricht einem Anstieg um 24 Prozent. Mögliche Erklärungen für diesen Anstieg werden später näher beleuchtet.

Innerhalb Europas gibt es ebenfalls einige Unterschiede im subjektiven Diskriminierungsempfinden: Im Norden und im Westen ist die Wahrnehmung höher als im Südosten (Abbildung 2). 2018 fühlten sich in Island (16 Prozent), dem Vereinigten Königreich (16 Prozent), Montenegro (15 Prozent) und Frankreich (14 Prozent) besonders viele Menschen als Teil einer diskriminierten Gruppe. In Litauen (drei Prozent), Ungarn, Polen, Tschechien und Italien (jeweils vier Prozent) hingegen nur sehr wenige.

Geschlecht und sexuelle Orientierung werden als Ursache für Diskriminierung öfter genannt

Befragte, die sich zu einer diskriminierten Gruppe zählten, wurden gefragt, warum ihre Gruppe benachteiligt wird. Dabei konnten mehrere Gründe gleichzeitig angegeben werden. Für die folgenden Analysen wurden die

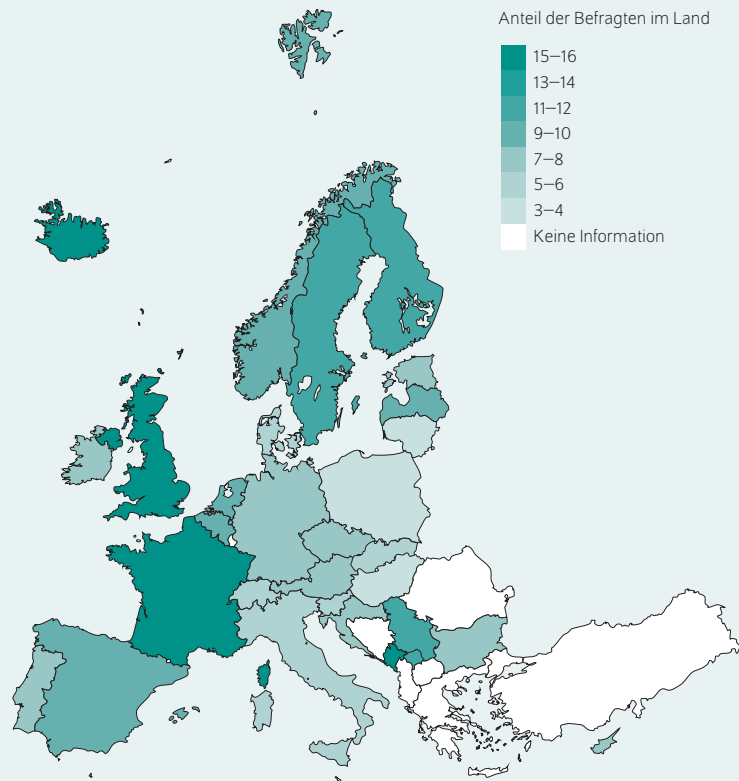
⁷ Vergleichend dazu fühlten sich in den Eurobarometer-Befragungen der Jahre 2009–2019 etwa zwölf Prozent der Befragten als Teil einer Minderheit.

⁸ Der Unterschied ist statistisch signifikant.

Abbildung 2

Diskriminierungsempfinden 2018 im europäischen Vergleich

Anteil der Befragten des jeweiligen Landes, die sich als Teil einer oder mehrerer diskriminierter Gruppen empfinden; in Prozent



Quelle: ESS-Welle 9 (v 3.1) gewichtete Werte

© DIW Berlin 2022

Das Diskriminierungsempfinden ist im Norden und Westen Europas stärker ausgeprägt als im Südosten.

Antwortmöglichkeiten Hautfarbe, Nationalität, Religion, Sprache, Volksgruppe oder ethnischen Gruppe zur Dimension „Herkunft, Sprache und Ethnie“ zusammengefasst. Ebenso bilden „Geschlecht und sexuelle Orientierung“ eine Dimension sowie „Alter und Behinderungen“.

Getrennt nach diesen Begründungen zeigt sich: Dass sich immer mehr Menschen einer benachteiligten Gruppe zugehörig fühlen, liegt vor allem daran, dass Geschlecht und sexuelle Orientierung häufiger als Diskriminierungsgrundlage genannt wurden. Zwischen 2008 und 2018 hat sich der Anteil derer, die sich auf Basis ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung zu einer diskriminierten Gruppe zählen, fast verdoppelt (Abbildung 3). Allerdings ist der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung relativ gering. 2008 fühlten sich gerade einmal 1,1 Prozent der Bevölkerung aufgrund ihres Geschlechts und sexuellen Orientierung als Teil einer diskriminierten Gruppe; 2018 waren es immerhin 2,1 Prozent. In der Dimension Herkunft, Sprache und Ethnie betrug der Anstieg 24 Prozentpunkte (von 3,5 Prozent in 2008 auf 4,3 Prozent in 2018). Der geringste

Anstieg (15 Prozent) war bei der Diskriminierung aufgrund von Alter und Behinderung zu verzeichnen.

Herkunft, Sprache und Ethnie ist die am häufigsten genannte Ursache für Diskriminierung

Dass das subjektive Diskriminierungsempfinden dennoch im Mittel nur 24 Prozent angestiegen ist, ist auf die Zusammensetzung der Gruppe der subjektiv Betroffenen zurückzuführen (Abbildung 4). Im gesamten Beobachtungszeitraum stellt Herkunft, Sprache und Ethnie die wichtigste Diskriminierungsdimension dar. Zwischen 43 und 49 Prozent der Betroffenen gaben einen Grund aus dieser Dimension an. Die Begründungen Geschlecht und sexuelle Orientierung wurden hingegen nur von 15 bis 20 Prozent der Betroffenen angegeben. Etwas weniger als ein Fünftel der Betroffenen sah die eigene Gruppe aufgrund von Alter oder Behinderung diskriminiert.

Frauen sehen sich immer häufiger als Teil einer diskriminierten Gruppe

Der Anstieg in der Gruppe Geschlecht und sexuelle Orientierung ist insbesondere auf ein verändertes Antwortverhalten bei den Frauen zurückzuführen (Abbildung 5). Sowohl bei migrantischen⁹ als auch bei nicht-migrantischen Frauen ist das Diskriminierungsempfinden zwischen 2008 und 2018 angestiegen. Dabei fühlten sich Frauen mit Migrationshintergrund etwa dreimal so häufig als Angehörige einer diskriminierten Gruppe wie Frauen ohne Migrationshintergrund. Bei den Männern blieb der Anteil derer, die sich als Teil einer diskriminierten Gruppe sehen, unabhängig vom Migrationshintergrund im Zeitverlauf relativ stabil.

Diese Erkenntnisse wurden mithilfe eines multivariaten Modells überprüft. Dabei wurde für jedes Beobachtungsjahr getrennt untersucht, inwiefern bestimmte persönliche Merkmale die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sich eine Person als Teil einer diskriminierten Gruppe sieht, wenn sämtliche andere persönliche Merkmale gleich sind.¹⁰ Dadurch können genauere Aussagen über den Einfluss einzelner persönlicher Merkmale getroffen werden. Die Ergebnisse bestätigen, dass Frauen im Gegensatz zu Männern sensibler für Diskriminierung wurden: 2008 gab es noch keinen statistisch signifikanten Unterschied zwischen Männern und Frauen. Zehn Jahre später weisen Frauen jedoch eine 1,3 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit als Männer auf, sich zu einer diskriminierten Gruppe zu zählen (Abbildung 6). Menschen mit Migrationshintergrund dagegen haben im gesamten Zeitraum eine

⁹ Die hier verwendete Definition schließt Migranten und Migrantinnen der zweiten Generation mit ein. Das heißt Personen, die selbst im Ausland geboren wurden oder deren Eltern (beziehungsweise ein Elternteil) im Ausland geboren wurden, werden hier als Personen mit Migrationshintergrund bezeichnet.

¹⁰ Konkret wurde ein multinomiales Probit-Modell geschätzt. Als abhängige Variable diente die Angabe, ob sich die Person als Teil einer diskriminierten Gruppe sieht. Die unabhängigen Variablen waren das Geschlecht der Befragten, ihr Migrationshintergrund und ihr Alter. Im Modell wurde für den Bildungshintergrund der Person, das Haushaltseinkommen, den Familienstatus (verheiratet, Kinder im Haushalt) und frühere Arbeitslosigkeitserfahrungen kontrolliert. Zudem wurde mithilfe von Länder-dummies dafür kontrolliert, dass die Beobachtungen von Personen aus einem Land nicht als unabhängig voneinander betrachtet werden können.

höhere Wahrscheinlichkeit, sich selbst als Angehörige einer diskriminierten Gruppe zu empfinden. Allerdings stieg auch hier die Sensibilität gegenüber Diskriminierung der eigenen Gruppe an. Beim Alter zeigen sich unterschiedliche Effekte: Während die Wahrscheinlichkeit, sich selbst zu einer diskriminierten Gruppe zu zählen, unter jüngeren Befragten (20 bis 30 Jahre) im Vergleich zu Befragten mittleren Alters (40 bis 50 Jahre) eher anstieg, blieb sie unter älteren Befragten gering. Außerdem zeigen die Analysen, dass sich Menschen mit niedrigen Einkommen und Menschen, die schon einmal arbeitslos waren, häufiger zu einer diskriminierten Gruppe zählen als Menschen mit mittleren Einkommen und Menschen, die noch nie arbeitslos waren. Diskriminierung wird also oft dort wahrgenommen, wo verschiedene Formen der Benachteiligung gleichzeitig auftreten.

Diskriminierung wird häufiger mehrdimensional wahrgenommen

Zwischen 2008 und 2018 hat sich auch der Anteil derer, die sich mehreren diskriminierten Gruppen zugehörig fühlen, von 0,6 Prozent auf 1,2 Prozent der Befragten verdoppelt (orange Anteile in Abbildung 2). Mehrdimensionale Diskriminierung¹¹ wird seit längerem theoretisch und politisch diskutiert. Es scheint, als würde dies auch zunehmend in der Wahrnehmung der europäischen Bevölkerung ankommen. Dieser Diskurs – auch als Intersektionalitätsdiskurs¹² bekannt – verweist auf die Defizite einer Diskriminierungspolitik, die allein auf separate Diskriminierungsdimensionen abzielt, ohne das Zusammenspiel der einzelnen Dimensionen zu berücksichtigen. Dadurch, so lautet das Argument, würden diejenigen benachteiligt, die spezifische Formen von Diskriminierung erleben, die erst im Zusammenspiel der verschiedenen Dimensionen entstehen. So könnte es etwa sein, dass transgender Personen mit Migrationshintergrund andere Diskriminierungsformen erleben, als transgender Personen ohne Migrationshintergrund. Wenn also verschiedene Diskriminierungsdimensionen nur einzeln betrachtet werden, entsteht die Gefahr, gerade solche Formen der Diskriminierung zu übersehen. Um alle Formen von Diskriminierung zu bekämpfen, müssen politische Akteure auch komplexe Formen von Diskriminierung beachten, die durch das Zusammenspiel verschiedener Dimensionen zustande kommen.

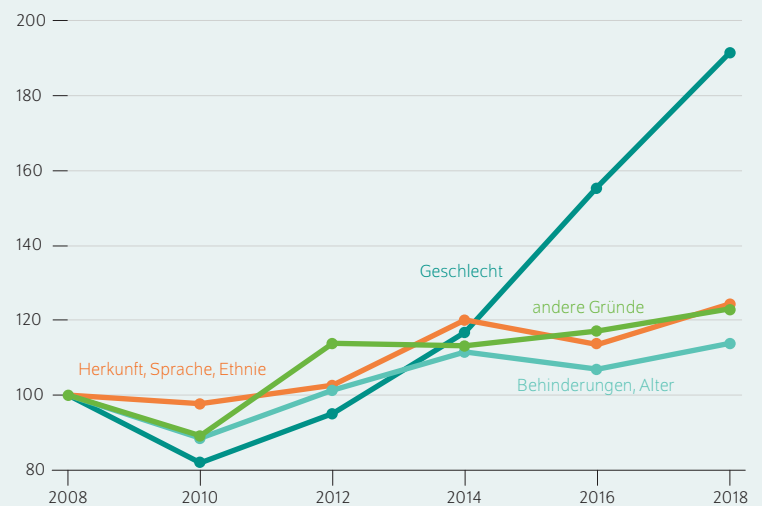
Die bisherigen Analysen haben die Bedeutung der Dimensionen Herkunft, Sprache und Ethnie sowie Geschlecht und sexuelle Orientierung für das Diskriminierungsempfinden

¹¹ Mehrdimensionale Diskriminierung wird hier als Überbegriff für verschiedene Subtypen verwendet. Aufbauend auf eine Konzeptualisierung des Rechtswissenschaftlers Timo Makkonen werden häufig drei Arten unterschieden: Multiple Diskriminierung, bei der verschiedene Diskriminierungsgründe gleichzeitig vorhanden sind, aber nicht gleichzeitig auftreten, sondern getrennt voneinander; verstärkende Diskriminierung, bei der verschiedene Diskriminierungsgründe gleichzeitig wirksam sind; und intersektionale Diskriminierung, bei der spezifische Diskriminierungsformen durch das Zusammenwirken verschiedener Diskriminierungsgründe entstehen, die sonst nicht existieren. Siehe Makkonen, Timo. (2002): Multiple, Compound and Intersectional Discrimination: Bringing the Experiences of the Most Marginalized to the Fore (online verfügbar).

¹² Der Begriff der Intersektionalität wurde von Kimberlé Crenshaw im Hinblick auf die Diskriminierung schwarzer Frauen in Amerika entwickelt. In Deutschland wird er oft weiter gefasst und verwendet, um das Zusammenwirken mehrerer Ungleichheitsdimensionen zu beschreiben.

Abbildung 3

Ursachen für die Diskriminierung in Europa
Nennung verschiedener Begründungen für die empfundene Diskriminierung relativ zum Jahr 2008



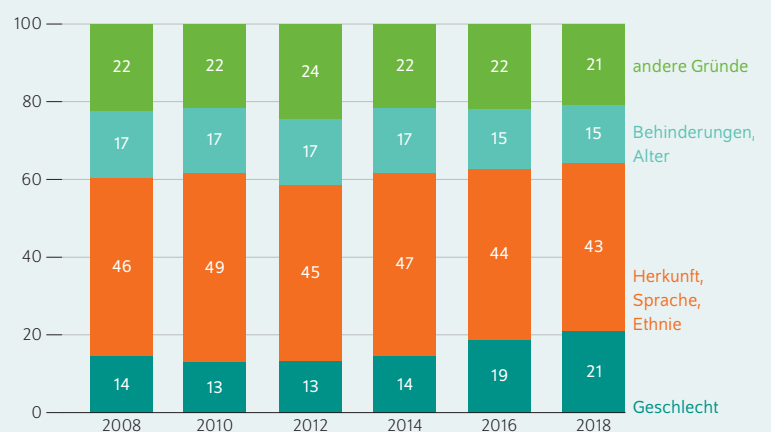
Quelle: ESS-Wellen 4–9 ausgewählte Länder (siehe Kasten 1); gewichtete Werte

© DIW Berlin 2022

Der Anteil derer, die sich auf Basis ihres Geschlechtes oder sexuellen Orientierung zu einer diskriminierten Gruppe zählen, hat sich fast verdoppelt.

Abbildung 4

Zusammensetzung der Gruppe derer, die sich einer diskriminierten Gruppe zugehörig fühlen
Anteile in Prozent



Quelle: ESS-Wellen 4–9 ausgewählte Länder (siehe Kasten 1); gewichtete Werte

© DIW Berlin 2022

Die meisten Menschen in Europa fühlen sich auf Basis ihrer Herkunft, Ethnie, Religion oder Sprache diskriminiert.

Kasten 2

Oaxaca-Blinder Dekomposition

Die Oaxaca-Blinder-Dekomposition ist eine Standardmethode, die auf der linearen Regressionsmethode, der Methode der kleinsten Quadrate (OLS), basiert. Mit ihr kann untersucht werden, welcher Anteil einer beobachteten Differenz in einer abhängigen Variable zwischen zwei Gruppen auf unterschiedlichen Verteilungen verschiedener Merkmale in den beiden Gruppen basiert (Kompositionseffekt), und welcher Anteil der Differenz auf unterschiedliche Einflüsse dieser Merkmale auf die abhängige Variable in den Gruppen basiert (Koeffizienteneffekt). Ökonometrisch werden diese beiden Effekte wie folgt identifiziert:

Angenommen die Beziehung zwischen einer abhängigen Variable (Y_{it}^G) und einer Reihe erklärender (unabhängiger) Variablen X_{it}^G kann für zwei sich gegenseitig ausschließenden Gruppen ($G = 1, 2$) mithilfe einer linearen Regression geschätzt werden, sodass:

$$Y_{it}^1 = X_{it}^1 \beta^1 + \varepsilon_{it}^1 \xrightarrow{OLS} \bar{Y}^1 = \bar{X}^1 \hat{\beta}^1$$

$$Y_{it}^2 = X_{it}^2 \beta^2 + \varepsilon_{it}^2 \xrightarrow{OLS} \bar{Y}^2 = \bar{X}^2 \hat{\beta}^2$$

Dann bezeichnet \bar{Y}^G den Erwartungswert der abhängigen Variable in Gruppe G. Durch Ausnutzung der Eigenschaften linearer Regressionen lässt sich herleiten, dass die erwartete Differenz zwischen den beiden Gruppen ΔY_t beträgt, wobei:

$$\Delta Y_t = \bar{Y}^1 - \bar{Y}^2 = \bar{X}^1 \hat{\beta}^1 - \bar{X}^2 \hat{\beta}^2$$

Bei der Oaxaca-Blinder-Dekomposition wird diese Gleichung so umgeformt, dass man Kompositons- und Koeffizienteneffekte unterscheiden kann. Dies wird durch die Einführung einer hypothetischen Vergleichsgruppe erreicht: Welcher Erwartungswert würde resultieren, wenn die Koeffizienten der Gruppe 2 ($\hat{\beta}^2$) auf Gruppe 1 (mit ihrer individuellen Merkmalskonstellation) zutreffen würden?

Formal wird dies dadurch erreicht, dass der Term $\bar{X}^1 \hat{\beta}^2$ auf der rechten Seite von Gleichung (3) addiert und subtrahiert wird. Nach einer Umformung kann dann geschlossen werden, welcher Teil der Differenz im Erwartungswert zwischen den Gruppen auf die Unterschiede in der Merkmalskonstellation zwischen den Gruppen zurückzuführen ist (Kompositionseffekt) und welcher Anteil der Differenz zwischen den Gruppen auf unterschiedliche Reaktionen auf diese Merkmale zurückzuführen ist (Koeffizienteneffekt).

$$\Delta Y_t = \underbrace{\bar{X}^1 \hat{\beta}^1 - \bar{X}^2 \hat{\beta}^2}_{\text{Kompositionseffekt}} + \underbrace{\bar{X}^1 \hat{\beta}^2}_{\text{Koeffizienteneffekt}} = (\bar{X}^1 - \bar{X}^2) \hat{\beta}^2 + (\hat{\beta}^1 - \hat{\beta}^2) \bar{X}^1$$

In den Analysen für diesen Bericht wird eine Dekompositionsmethode verwendet, die für Wahrscheinlichkeitsmodelle mit binären (Ja/Nein) abhängigen Variablen geeignet ist.¹ Die abhängige Variable in den Analysen ist jeweils der Anteil der Männer beziehungsweise Frauen mit beziehungsweise ohne Migrationshintergrund, die sich zu einer diskriminierten Gruppe zugehörig fühlen. Konkret wurden zwei verschiedene Differenzen untersucht: Unterschiede im Diskriminierungsempfinden nach Geschlecht, jeweils für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund (Abbildung 7 oben) und Unterschiede im Diskriminierungsempfinden nach Herkunft, für Männer und Frauen (Abbildung 7 unten). Positive Werte in den Geschlechterunterschieden bedeuten, dass Frauen eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, sich als Angehörige einer diskriminierten Gruppe zu empfinden als Männer. Bei den Herkunftsunterschieden bedeuten positive Werte, dass Menschen mit Migrationshintergrund eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, sich diskriminiert zu fühlen als Menschen ohne Migrationshintergrund.

¹ Fairlie, Robert W. (2005): An extension of the Blinder-Oaxaca decomposition technique to logit and probit models. *Journal of Economic and Social Measurement* 30: 305–316.

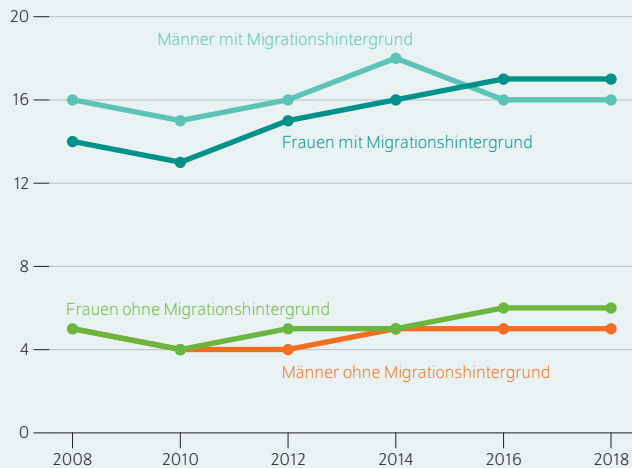
in Europa verdeutlicht. Deshalb fokussieren die folgenden Analysen auf das Zusammenwirken dieser beiden Dimensionen. Die multivariate Betrachtung hat gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, sich als Teil einer diskriminierten Gruppe zu erfahren, auch mit persönlichen Merkmalen wie Einkommen oder (früherer) Arbeitslosigkeit zusammenhängen. Es könnte also sein, dass die Gruppenunterschiede im subjektiven Diskriminierungsempfinden zwischen Männern und Frauen und zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund daran liegen, dass sich diese Gruppen im Hinblick auf solche andere Merkmale unterscheiden. Um besser zu verstehen, wie Geschlecht und Herkunft im subjektiven Diskriminierungsempfinden zusammenwirken, wurde eine Oaxaca-Blinder-Dekompositionsanalyse durchgeführt (Kasten 2). Damit können Gruppenunterschiede in den Anteilen derer, die sich selbst als Angehörige einer diskriminierten Gruppe sehen, auf zwei Komponenten zurückgeführt werden: auf Unterschiede, die dadurch entstehen, dass sich die Gruppen in Bezug auf

andere Merkmale, die ebenfalls mit Diskriminierungsempfinden im Zusammenhang stehen, unterscheiden (Kompositionseffekt), und auf Unterschiede, die dadurch entstehen, dass die Personen in den verschiedenen Gruppen in Bezug auf die Einschätzung, selbst zu einer diskriminierten Gruppe zu gehören, unterschiedlich auf ihre jeweiligen Merkmale reagieren (Koeffizienteneffekt). Beispielsweise könnte es sein, dass Unterschiede im Diskriminierungsempfinden zwischen Frauen mit und ohne Migrationshintergrund darauf zurückzuführen sind, dass sich die beiden Frauengruppen im Hinblick auf andere Merkmale wie etwa Alter, Bildung und/oder Haushaltseinkommen unterscheiden. Es könnte aber auch sein, dass Frauen mit Migrationshintergrund sensibler für Diskriminierung sind als Frauen ohne Migrationshintergrund, weil sie auf Basis des Migrationshintergrunds diskriminiert werden (das wäre der Effekt des Migrationshintergrunds). Oder es könnte sein, dass andere Merkmale, wie die Erfahrung mit Arbeitslosigkeit, sich auf das Diskriminierungsempfinden von Frauen mit

Abbildung 5

Anteil derer, die sich als Angehörige einer in ihrem Land diskriminierten Gruppe fühlen

Anteil an der Gesamtbevölkerung in Prozent, nach Geschlecht und Migrationshintergrund



Quelle: ESS-Wellen 4–9 ausgewählte Länder (siehe Kasten 1); gewichtete Werte

© DIW Berlin 2022

Der Anteil der Frauen, die sich als Teil einer diskriminierten Gruppe wahrnehmen, ist seit 2008 leicht gestiegen.

und ohne Migrationshintergrund unterschiedlich auswirken (das wäre der Koeffizienteneffekt).

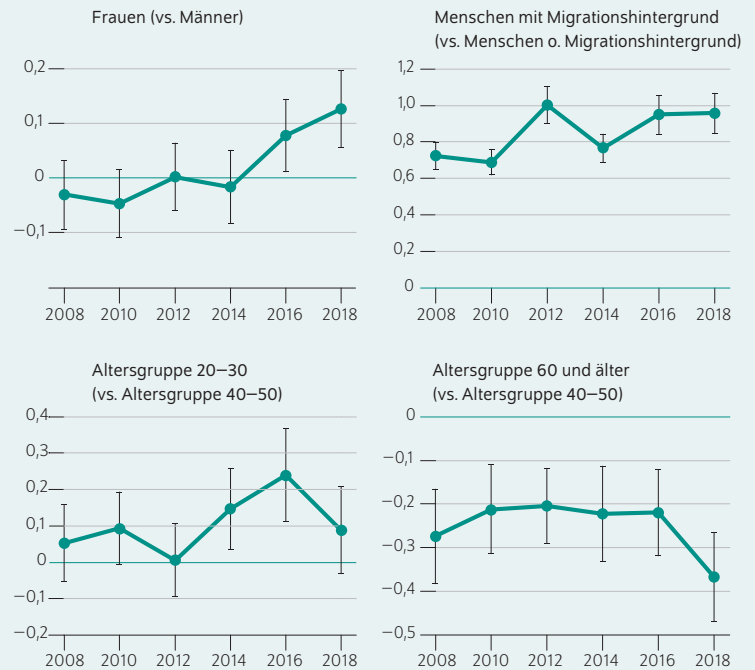
Die Ergebnisse der Dekompositionsanalyse zeigen: Der zwischen Männern und Frauen beobachtete Unterschied, sich selbst zu einer diskriminierten Gruppe zu zählen, ist größtenteils auf Koeffizienteneffekte zurückzuführen und weniger darauf, wie andere Merkmale wie Bildung und Einkommen zwischen Frauen und Männern verteilt sind (Abbildung 7).

Das heißt, Frauen reagieren in ihrem Diskriminierungsempfinden anders als Männer. Man könnte auch sagen, dass Frauen sensibler für Diskriminierung sind als Männer. Im Zeitverlauf hat die Sensibilität der Frauen sogar zugenommen. Bei den Befragten mit Migrationshintergrund ist der Anstieg im Geschlechterunterschied sogar noch deutlicher als bei Befragten ohne Migrationshintergrund. Während Frauen ohne Migrationshintergrund schon 2008 eine leicht höhere Wahrscheinlichkeit hatten, sich zu einer diskriminierten Gruppe zu zählen, als Männer ohne Migrationshintergrund, hatten Frauen mit Migrationshintergrund zu diesem Zeitpunkt noch eine geringere Wahrscheinlichkeit als Männer mit Migrationshintergrund. Inzwischen fühlen sich jedoch auch hier Frauen häufiger von Diskriminierung betroffen als Männer. 2018 war der Geschlechterunterschied im subjektiven Diskriminierungsempfinden bei beiden Herkunftsgruppen gleich groß. Insgesamt scheinen also Frauen, und insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund, in den Jahren seit 2008 sensibler geworden zu sein, was die Diskriminierung der eigenen Gruppe betrifft.

Abbildung 6

Einfluss persönlicher Merkmale auf die empfundene Zugehörigkeit zu einer diskriminierten Gruppe im Zeitverlauf

Unterschied in der Wahrscheinlichkeit sich einer diskriminierten Gruppe angehörig zu fühlen gegenüber der Vergleichsgruppe, in Prozent



Quelle: ESS-Wellen 4–9 ausgewählte Länder (siehe Kasten); gewichtete Werte

© DIW Berlin 2022

Frauen, Personen mit Migrationshintergrund und jüngere Menschen wurden sensibler für Diskriminierung der eigenen Gruppe.

Auch Unterschiede im Diskriminierungsempfinden nach der Herkunft einer Person spiegeln eher unterschiedliche Sensibilität für Diskriminierung als Unterschiede in der Zusammensetzung der Gruppen wider. Auch hier ist ein Geschlechterunterschied zu beobachten: Während der Unterschied im Diskriminierungsempfinden zwischen Männern mit und ohne Migrationshintergrund im Zeitverlauf relativ stabil ist, ist bei den Frauen ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Dieser Anstieg ist sowohl auf Kompositions- als auch Koeffizienteneffekte zurückzuführen. Zusammengekommen könnten diese Ergebnisse darauf hindeuten, dass Frauen mit Migrationshintergrund spezifische Diskriminierungsformen erfahren, und diese in den letzten zehn Jahren immer deutlicher wahrgenommen haben.

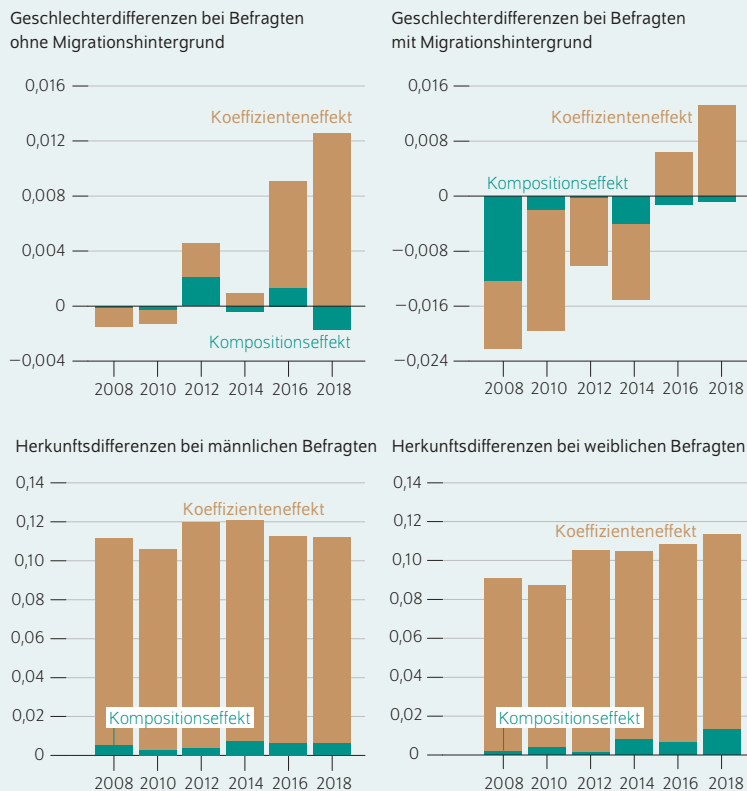
Fazit: Sensibilität für Diskriminierung ist bei den Europäerinnen gestiegen

Insgesamt fühlt sich nur ein relativ kleiner Anteil der Europäer und Europäerinnen von Diskriminierung gefährdet. Nicht einmal jeder und jede zehnte zählt sich selbst zu einer Gruppe, die im eigenen Land diskriminiert wird. Die meisten

Abbildung 7

Diskriminierungsempfinden nach Kompositionseffekten und Koeffizienteneffekten

Unterschiede zwischen den jeweiligen Gruppen in der subjektiven Zugehörigkeit zu einer diskriminierten Gruppe, nach Ursachen für den Unterschied; in Prozent



Quelle: ESS-Wellen 4–9 ausgewählte Länder (siehe Kasten); gewichtete Werte

© DIW Berlin 2022

Die Sensibilität für Diskriminierung ist vor allem bei Frauen mit Migrationshintergrund angestiegen.

Menschen darunter gaben an, auf Basis ihrer Herkunft, Sprache, Ethnie oder Religion diskriminiert zu werden. Seit 2008 ist der Anteil derer, die sich selbst als Teil einer diskriminierten Gruppe ansehen, um knapp ein Viertel gestiegen. Dieser Anstieg ist stark durch eine erhöhte Sensibilität für Diskriminierung bei Frauen getrieben. Bei Frauen mit Migrationshintergrund war dieser besonders hoch. Dies könnte einerseits auf einen realen Anstieg in der Diskriminierung zurückzuführen sein, oder aber darauf hindeuten, dass Diskriminierung häufiger wahrgenommen wird. Vieles spricht für letzteres. Schließlich deuten die Entwicklungen verschiedener Indikatoren für Diskriminierung, wie etwa der Gender-Pay Gap, eher auf einen langsamen Rückgang der tatsächlichen Diskriminierung hin.

Dass potenziell Betroffene Diskriminierung verstärkt wahrnehmen, weist zunächst darauf hin, dass das Problem weiterbesteht. Diese Erkenntnisse kann genutzt werden, um Antidiskriminierungspolitik effizient und effektiv zu gestalten. Zu wissen, welche Bevölkerungsteile die eigene Gruppe besonders stark von Diskriminierung bedroht sehen, gibt Aufschluss darüber, wo politisch nachgesteuert werden muss. Dadurch können präzisere und effektivere Maßnahmen gegen Diskriminierung entwickelt werden. Dabei ist es wichtig, Diskriminierung als komplexes Phänomen zu verstehen und das Zusammenwirken verschiedener Dimensionen der Diskriminierung zu beachten.

Die hier vorgelegten Analysen nehmen die Wahrnehmung der potenziell Betroffenen in den Fokus. Um diskriminierungspolitische Maßnahmen erfolgreich umzusetzen, ist es jedoch entscheidend, in allen Teilen der Bevölkerung das Bewusstsein für verschiedene Formen der Diskriminierung zu schärfen. Die letzten beiden Erhebungen des Eurobarometer¹¹ weisen darauf hin, dass Diskriminierung in verschiedenen Bereichen eher als rückläufig wahrgenommen wird. Gerade vor diesem Hintergrund ist es wichtig, im öffentlichen und politischen Diskurs immer wieder auf verbleibende Diskriminierung in all ihren komplexen Formen hinzuweisen.

Sandra Bohmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel im DIW Berlin | sbohmann@diw.de

Matteo Targa ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel im DIW Berlin | mtarga@diw.de

JEL: J71

Keywords: perceived discrimination, multidimensional discrimination, Europe

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 5+6/2022:

www.diw.de/diw_weekly

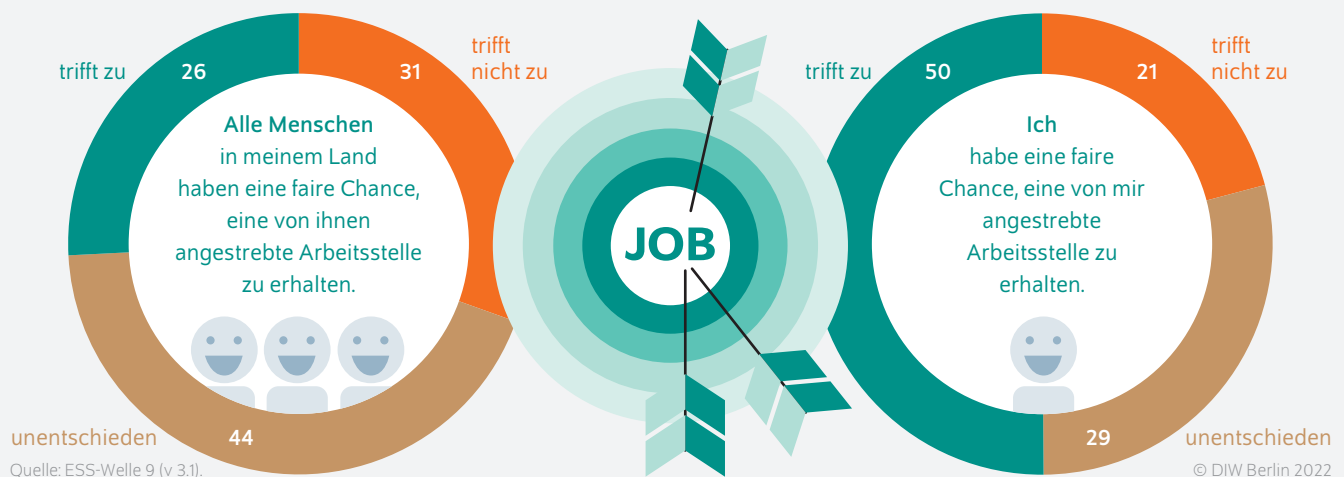


Knapp ein Drittel der EuropäerInnen zweifelt an Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt

Von Sandra Bohmann und Stefan Liebig

- Studie untersucht, wie EuropäerInnen Chancengerechtigkeit auf Arbeitsmarkt in ihren Ländern bewerten
- Individuelle Chancen auf Arbeitsmarkt werden besser eingeschätzt als die der Bevölkerung insgesamt
- Einschätzung von Chancengerechtigkeit auf Arbeitsmarkt geht mit Zufriedenheit mit Demokratie einher
- Diskriminierte Gruppen pessimistischer mit Blick auf Chancengerechtigkeit
- Skandinavische Länder optimistischer als südeuropäische Staaten

Die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt wird unterschiedlich wahrgenommen – Eigene Chancen werden besser bewertet als die der Bevölkerung insgesamt



ZITAT

„Die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt wird regional und nach Gruppenzugehörigkeit ganz unterschiedlich wahrgenommen. Etwa ein Drittel der Europäerinnen und Europäer sieht die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt in ihrem Land noch nicht erfüllt.“

— Sandra Bohmann —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Stefan Liebig
www.diw.de/mediathek

Knapp ein Drittel der EuropäerInnen zweifelt an Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt

Von Sandra Bohmann und Stefan Liebig

ABSTRACT

Chancengerechtigkeit ist ein zentraler Bestandteil unserer Erwartungen an eine demokratische Gesellschaft. Dies gilt auch für den Arbeitsmarkt: Dieser Wochenbericht untersucht anhand von Befragungsdaten des European Social Survey 2018 (ESS), wie die europäischen Bürgerinnen und Bürger ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt ihrer Heimatländer einschätzen und welche Faktoren auf gesellschaftlicher und individueller Ebene dabei eine Rolle spielen. Etwa ein Drittel der Befragten ist skeptisch, was die allgemeine Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt in ihrem Land betrifft. Die eigenen Chancen schätzt immerhin die Hälfte der Befragten als gerecht ein. Sowohl die allgemeinen als auch die eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt werden im Norden Europas etwas positiver bewertet als im Süden. Ohnehin benachteiligte Gruppen beurteilen auch ihre Arbeitsmarktchancen weniger positiv. Insgesamt zeigt sich ein klarer Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Chancengerechtigkeit und der Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land.

Chancengerechtigkeit ist eines der großen Versprechen moderner westlicher Demokratien. Mehr als 90 Prozent der europäischen Bevölkerung gibt an, dass Chancengerechtigkeit wichtig sei (Abbildung 1).¹ Bereits eine frühere DIW-Studie deutet darauf hin, dass Privilegien, die ausschließlich auf Basis hoher gesellschaftlicher Stellung erlangt werden, in ganz Europa und über alle Einkommensgruppen hinweg als ungerecht empfunden werden.² Stattdessen erfährt das Leistungsprinzip, das Proportionalität zwischen erbrachter Leistung und erhaltenen Privilegien fordert, breite Zustimmung. Dieses sogenannte meritokratische Wertgefüge wird allerdings nur vor dem Hintergrund der Chancengleichheit als gerecht wahrgenommen. Deshalb ist es im Selbstverständnis moderner Demokratien eine zentrale Aufgabe des Staates und seiner Institutionen, Chancengerechtigkeit herzustellen. Chancengerechtigkeit bezieht sich dabei auf die Möglichkeiten des Zugangs zu bestimmten knappen Gütern und Positionen in der Gesellschaft – etwa die Chancen auf Bildung oder auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

In welchem Maße die europäischen Gesellschaften und ihre politischen Institutionen dieses Versprechen in den Augen der Bevölkerung einlösen, wird hier in Hinblick auf die Chancen auf dem Arbeitsmarkt untersucht. Dabei werden zwei Perspektiven beleuchtet: einerseits die Wahrnehmung der Chancengerechtigkeit am Arbeitsmarkt ganz allgemein in der Gesellschaft und andererseits, wie die Befragten die Fairness ihrer eigenen Chancen am Arbeitsmarkt beurteilen. Die Datengrundlage bilden Umfragedaten der neunten Welle des European Social Survey (ESS) aus dem Jahr 2018/2019. (Kasten 1)

1 Der Fragetext lautete: Im Folgenden beschreibe ich Ihnen einige Personen. Bitte (...) sagen Sie mir, wie ähnlich oder unähnlich Ihnen die jeweils beschriebene Person ist. „Er hält es für wichtig, dass alle Menschen auf der Welt gleichbehandelt werden sollten. Er glaubt, dass jeder Mensch im Leben gleiche Chancen haben sollte.“ 1: ist mir sehr ähnlich; 2: ist mir ähnlich; 3: ist mir etwas ähnlich; 4: ist mir nur ein kleines bisschen ähnlich; 5: ist mir nicht ähnlich; 6: ist mir gar nicht ähnlich. Für die Darstellung wurde folgende Kategorien zusammengefasst: 1–2: Zustimmung; 3–4: leichte Zustimmung; 5–6: keine Zustimmung.

2 Jule Adriaans, Philipp Eisnecker und Stefan Liebig (2019): Gerechtigkeit im europäischen Vergleich: Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet. DIW Wochenbericht Nr. 45, 817–825 (online verfügbar, abgerufen am 12.1.2022). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

Kasten 1

Der European Social Survey (ESS)

Im Rahmen des European Social Survey (ESS) werden alle zwei Jahre in verschiedenen europäischen Ländern Befragungen mit einer repräsentativen Stichprobe der Bevölkerung über 15 Jahre durchgeführt. Inhaltlich fokussiert sich der ESS auf breite Themen. Ein Teil des Fragenkatalogs ist dabei regelmäßig gleich, während ein anderer Teil variiert. Der vorliegende Bericht basiert größtenteils auf den Fragen eines solchen „rotierenden Moduls“, in dem die Befragten erstmals ausführlich zu ihren Einstellungen in Bezug auf soziale Gerechtigkeit und ihre Wahrnehmung von Fairness befragt wurden. Die Befragungen der hier verwendeten neunten Welle fanden zwischen September 2018 und Januar 2020 statt. Die vorgelegten Analysen beruhen auf Befragungen von 49.519 Personen aus 29 Ländern Europas (Österreich, Belgien, Bulgarien, Kroatien, Zypern, Tschechien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden, Vereinigtes Königreich sowie den nicht EU-Ländern Island, Montenegro, Serbien und der Schweiz).

Persönliche Arbeitsmarktchancen werden besser eingeschätzt als die der Bevölkerung insgesamt

Insgesamt sehen die knapp 50 000 Befragten in Europa das Versprechen der Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt in ihren jeweiligen Ländern nur bedingt erfüllt: Der Anteil der Befragten, die der Aussage, dass „alle Menschen in ihrem Land eine faire Chance hätten, die Arbeitsstelle zu bekommen, die sie sich wünschten“,³ eher nicht zustimmen, war etwas größer (30 Prozent) als der Anteil derjenigen, die dieser Aussage zustimmten (25 Prozent) (Abbildung 2). Die persönlichen Arbeitsmarktchancen hingegen wurden im Mittel in allen Ländern etwas positiver eingeschätzt (Abbildung 2).⁴ Die Hälfte der Europäerinnen und Europäer befand ihre individuellen Chancen auf dem Arbeitsmarkt als gerecht. 21 Prozent waren in diesem Punkt eher skeptisch.

In Skandinavien wird Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt positiver eingeschätzt als in Südeuropa

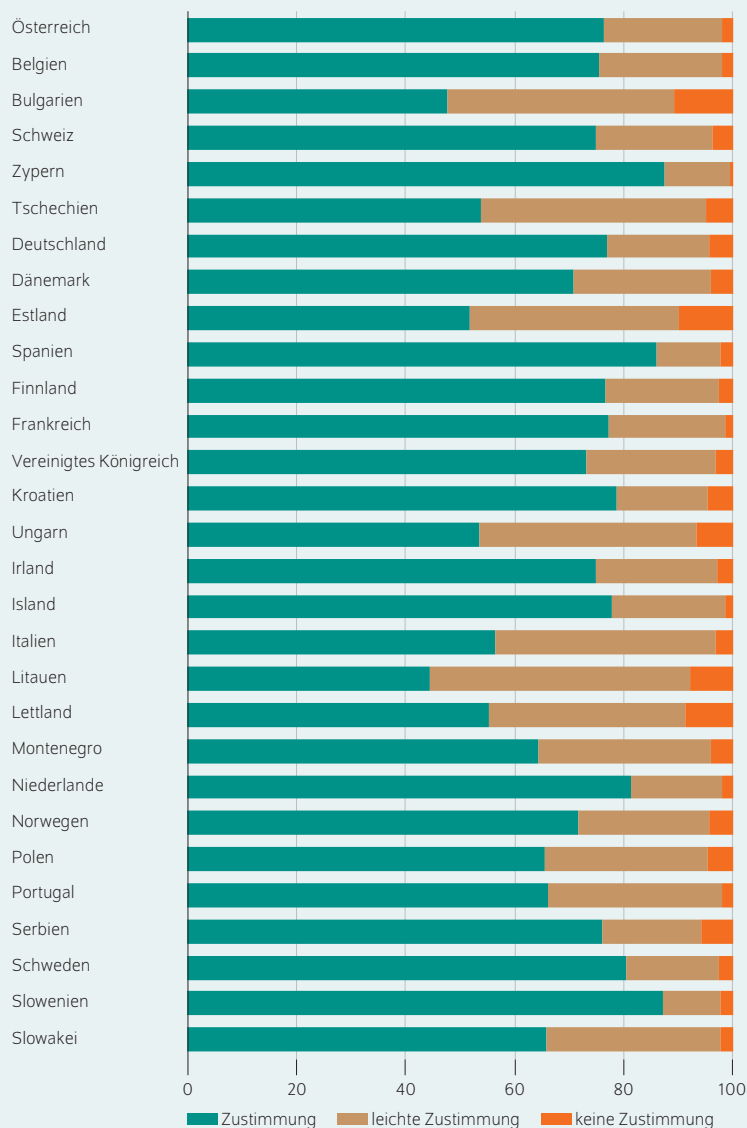
Dabei zeigen sich relativ starke Unterschiede zwischen den Ländern: Besonders positiv wird die Chancengerechtigkeit

³ Die konkrete Frage lautete: „Inwieweit trifft diese Aussage Ihrer Meinung nach auf Ihr Land zu? Allgemein haben alle Menschen in ihrem Land eine faire Chance, die von ihnen angestrebte Arbeitsstelle zu bekommen.“ Beantwortet wurde die Frage auf einer Skala von 0 (trifft überhaupt nicht zu) bis 10 (trifft voll und ganz zu). In der vorliegenden Darstellung wurden die Antwortkategorien wie folgt zusammengefasst: 0 bis 3: trifft nicht zu; 4 bis 6: unentschieden; 7 bis 10: trifft zu.

⁴ Die konkrete Frage lautete: „Stellen Sie sich vor, Sie suchen gerade eine Arbeitsstelle. Inwieweit trifft Ihrer Meinung nach diese Aussage auf Sie zu? Verglichen mit anderen Menschen in [Land] hätte ich eine faire Chance, die von mir angestrebte Stelle zu bekommen.“ Beantwortet wurde die Frage auf einer Skala von 0 (trifft überhaupt nicht zu) bis 10 (trifft voll und ganz zu). In der vorliegenden Darstellung wurden die Antwortkategorien wie folgt zusammengefasst: 0 bis 3: trifft nicht zu; 4 bis 6: unentschieden; 7 bis 10: trifft zu.

Abbildung 1

Wichtigkeit von Gleichbehandlung und Chancengerechtigkeit Nach Grad der Zustimmung in Prozent der Befragten des jeweiligen Landes



Quelle: ESS-Welle 9 (v 3.1), gewichtete Werte.

© DIW Berlin 2022

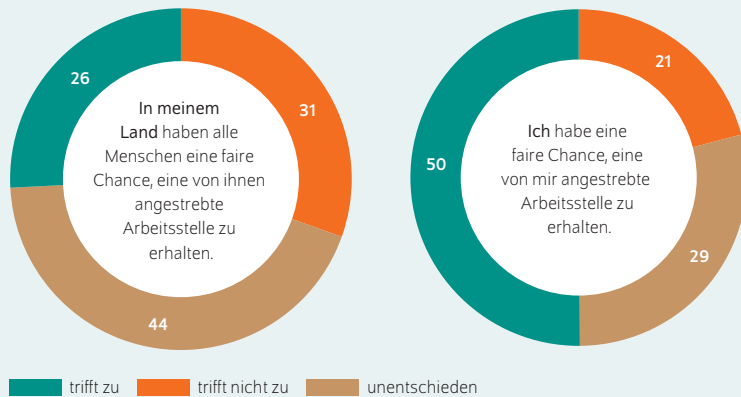
Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Europas sieht Gleichbehandlung und Chancengerechtigkeit als wichtig oder sehr wichtig an.

auf dem Arbeitsmarkt in den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten⁵ Skandinaviens (Schweden, Norwegen), aber auch in Tschechien, der Schweiz und den Niederlanden eingeschätzt. In den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und den südeuropäischen Ländern, deren Arbeitsmärkte stark von der Finanzkrise 2008/2009 getroffen waren, wurde die Chancengerechtigkeit am geringsten eingestuft (Abbildung 3). In

⁵ Goesta Esping-Andersen (1990): The three worlds of welfare capitalism. Princeton University Press.

Abbildung 2

Wahrgenommene Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt In Prozent der Befragten



Quelle: ESS-Welle 9 (v 3.1), gewichtete Werte.

© DIW Berlin 2022

Knapp ein Drittel der Befragten zweifelt an der Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt im eigenen Land. Bei der Bewertung der eigenen Chancen sind die Befragten optimistischer.

Deutschland fällt die Bewertung etwas positiver aus als im europäischen Durchschnitt. Hierzulande war fast die Hälfte der Befragten der Meinung, dass jede und jeder die Chance hat, die präferierte Stelle zu erhalten (48 Prozent). 31 Prozent der Befragten stimmten der Aussage, dass in Deutschland alle Menschen eine faire Chance auf die gewünschte Arbeitsstelle hätten, jedoch eher nicht zu. Die bessere Einschätzung der eigenen Lage auf dem Arbeitsmarkt findet sich auch unter den Befragten in Deutschland: 63 Prozent gaben an, selbst eine faire Chance zu haben, den angestrebten Job zu bekommen. Knapp fünfzehn Prozent waren eher skeptisch.

Dass die große Mehrheit der Befragten die eigenen Chancen fast überall in Europa positiver einschätzt als die Chancen aller Menschen im Land, ist ein zunächst bemerkenswerter Befund.⁶ Dies entspricht aber durchaus einem bekannten sozialpsychologischen Phänomen.⁷ Offenbar neigen Menschen dazu, die Wahrscheinlichkeit negativer Ereignisse für sich selbst zu unterschätzen – etwa die Wahrscheinlichkeit, an Krebs oder anderen Krankheiten zu erkranken oder auch Opfer einer Naturkatastrophe zu werden. Eine Erklärung dafür ist, dass Menschen zu einer eher optimistischen Einschätzung ihrer eigenen Situation tendieren, weil das ihr allgemeines Wohlbefinden verbessert und motivierend wirkt.⁸ Dazu wählen sie auch unbewusst die ihnen zur

Verfügung stehenden Informationen so aus, dass sie am Ende zu einer für sie besseren Schlussfolgerung führen. Die positivere Bewertung der Chancengerechtigkeit für sich selbst und eine negativere für die Gesellschaft wäre damit eine individuelle Strategie, um das eigene Wohlbefinden zu steigern. Es dürfte Menschen motivieren, sich auf eine Stelle zu bewerben, wenn sie denken, dass sie eine faire Chance haben, diese auch zu bekommen. Andererseits könnten sich negative Erfahrungen, die der eigenen Einschätzung widersprechen, auch negativ auf Selbstwertgefühl und Motivation auswirken.⁹ Zum Beispiel könnten Menschen, die eine Stelle nicht bekommen, weil sie keine faire Chance hatten, die Ablehnungen fälschlicherweise auf sich und ihre eigenen Fähigkeiten beziehen.

Die unterschiedliche Bewertung fremder und eigener Chancen kann aber auch daran liegen, dass die Befragten zwar ihre Situation aufgrund der eigenen Erfahrung eher einschätzen können, ihnen jedoch Informationen über die tatsächlichen Chancen fehlen und nur begrenzt verfügbar sind. Deshalb ist es wichtig, Informationen über die tatsächliche Chancenverteilung in unserer Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, um hier ein adäquateres Bild zu vermitteln. Um den Menschen auch die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Chancen realistisch einzuschätzen, ist Transparenz bei der Stellenvergabe wichtig. Dies ist ein möglicher Ansatzpunkt für politische Maßnahmen, um die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Gleichzeitig würde eine höhere Transparenz von fehlender Chancengerechtigkeit die Akzeptanz von Maßnahmen zur Stärkung der Chancengerechtigkeit in der Bevölkerung stärken.

Einschätzung der Chancengerechtigkeit geht einher mit der Zufriedenheit mit der Demokratie

Wenn Chancengerechtigkeit tatsächlich eine zentrale Erwartung an moderne Demokratien ist, dann dürften dort, wo diese Erwartung eher erfüllt wird, auch die Zufriedenheit und das Vertrauen in die Demokratie stärker ausgeprägt sein. Genau dies zeigt sich im internationalen Vergleich. Die Befragungsdaten des ESS legen einen Zusammenhang zwischen wahrgenommener Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt und der Zufriedenheit mit der Demokratie nahe.¹⁰ Dies gilt auch für die Wahrnehmung der Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt im Land allgemein als auch für die Wahrnehmung der Gerechtigkeit der eigenen Chancen (Abbildung 4). In Ländern, in denen die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt vergleichsweise besonders hoch eingeschätzt wird, wie etwa in Norwegen, Dänemark und der Schweiz, sind die Befragten auch zufriedener mit der Demokratie.¹¹ Auch wenn der Zusammenhang

⁶ Allerdings sollte auch beachtet werden, dass die Formulierung der Aussage „alle Menschen in Land X“ sehr absolut ist. Eine einzelne Ausnahme genügt theoretisch, um hier nicht zuzustimmen.

⁷ Vgl. Neil D. Weinstein (1980): Unrealistic optimism about future life events. *Journal of Personality and Social Psychology*, 39, 806–20. (online verfügbar) sowie James A. Shepperd, Erika A. Waters, Neil D. Weinstein, und William M. P. Klein (2015): A Primer on Unrealistic Optimism. *Current Directions in Psychological Science*, 24(3), 232–237. (online verfügbar)

⁸ Lisa Bortolotti L. und Ema Sullivan-Bissett (2015): Costs and benefits of imperfect cognitions. *Consciousness and Cognition*, 33, 487–489. (online verfügbar).

⁹ Auch solche negativen Konsequenzen des unrealistischen Optimismus wurden empirisch belegt. Siehe James A. Shepperd, Erika A. Waters, Neil D. Weinstein, und William M. P. Klein (2015): A Primer on Unrealistic Optimism. *Current Directions in Psychological Science*, 24(3), 232–237. (online verfügbar)

¹⁰ Die Zufriedenheit mit der Demokratie wurde auf einer Skala 0 (extrem unzufrieden) bis 10 (extrem zufrieden) abgefragt.

¹¹ Dieser Zusammenhang kann jedoch nicht kausal interpretiert werden. Es könnte zum Beispiel sein, dass eine oder mehrere Einflussfaktoren sowohl die Wahrnehmung der Chancengerechtigkeit

Kasten 2

Mehrebenenanalysen

Eine Mehrzahl der häufig genutzten statistischen Verfahren wie etwa die Methode der „kleinsten Quadrate“ (ordinary least squares) nimmt an, dass die einzelnen Beobachtungen in einem Datensatz voneinander unabhängig sind. Diese Annahme ist allerdings nicht immer erfüllt. In hierarchischen Datensätzen etwa, in denen einzelne Beobachtungen in verschiedenen Gruppen einer höheren Organisationsebene zugeordnet sind, ist diese Annahme nicht mehr gegeben. In länderübergreifenden Befragungen wie dem hier verwendeten European Social Survey ist dies der Fall. Die Antworten der Befragten der einzelnen Länder sind nicht unabhängig voneinander, da sich die Befragten eines Landes jeweils ein sozialpolitisches Regime teilen, das sich zwischen den Ländern unterscheidet. Auch Unterschiede in Kultur oder historischen Prägung können dazu führen, dass die Angaben der Befragten nicht als unabhängig betrachtet werden können. Diese potenzielle Abhängigkeit des Antwortverhaltens von einem geteilten politischen und kulturellen Rahmen muss bei der Analyse der Daten beachtet werden. Andernfalls könnten Schätzungen von Varianzen und Signifikanzniveaus verfälscht sein. Daher werden bei der Analyse hierarchisch organisierter Datensätze sogenannte Mehrebenenmodelle verwendet.

Die hier gerechneten „Random Intercept Modelle“ nehmen an, dass sich die Mittelwerte der abhängigen Variable (hier also empfundene Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt) zwischen den Ländern unterscheidet, dass jedoch der Effekt der einzelnen erklärenden Variablen auf die Einschätzung zur Chancengerechtigkeit in Richtung und Stärke zwischen den Ländern gleich ist. Dabei werden erklärende Variablen auf Individual- und der Länderebene verwendet. Konkret heißt das, dass beispielsweise angenommen wird, dass in allen hier befragten Ländern Frauen die eigene und die allgemeine Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt in gleicher Weise negativer bewerten als Männer oder dass sich die Arbeitslosenquote in allen Ländern gleichermaßen negativ auf die Einschätzung der Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt auswirkt.

hier nicht kausal interpretiert werden kann, zeigt er, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger die Sicherstellung von Chancengerechtigkeit als zentrales Merkmal einer demokratischen und gerechten Gesellschaft ansehen.

Individuelle und institutionelle Gründe für Einschätzung der Chancengerechtigkeit

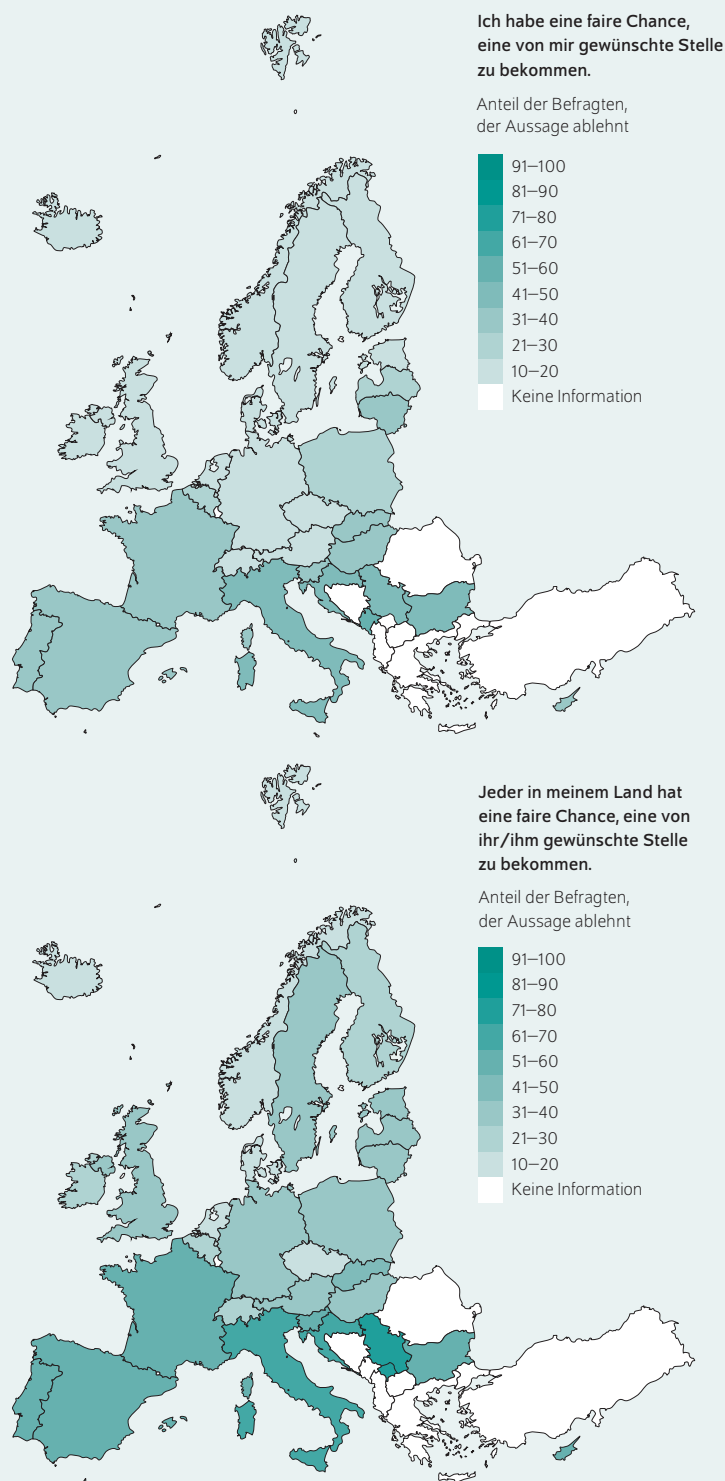
Mithilfe statistischer Verfahren (sogenannte Mehrebenenmodelle, Kasten 2) lässt sich zeigen, dass etwa 15 Prozent der beobachteten Unterschiede in der Wahrnehmung der

auf dem Arbeitsmarkt wie auch die Zufriedenheit mit der Regierung und der Demokratie beeinflussen.

Abbildung 3

Einschätzung der Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt im europäischen Vergleich

Anteil der Bevölkerung (in Prozent), der die Aussage eher ablehnt (trifft nicht zu)



Quelle: ESS-Welle 9 (v 3.1), gewichtete Werte.

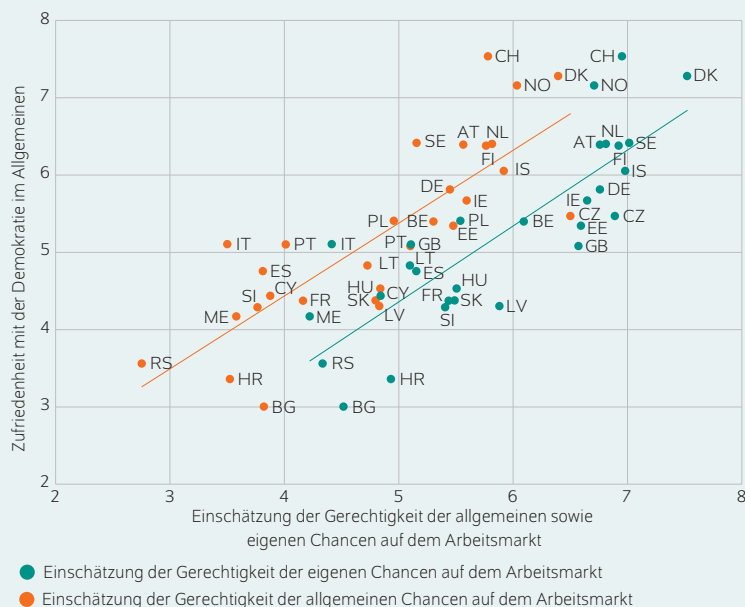
© DIW Berlin 2022

Im Süden Europas sind die Befragten mit Blick auf die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt skeptischer als im Norden.

Abbildung 4

Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt und Zufriedenheit mit der Demokratie und der aktuellen Regierung

Mittelwerte nach Ländern



Quelle: ESS-Welle 9 (v 3.1), gewichtete Werte.

© DIW Berlin 2022

In Ländern, in denen die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt höher eingeschätzt wird, sind die Befragten auch zufriedener mit der Demokratie.

allgemeinen Chancengerechtigkeit und zehn Prozent der Unterschiede in der Einschätzung der eigenen Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt auf länderspezifische Effekte zurückzuführen sind. Diese werden später noch genauer betrachtet. Der größere Teil der Unterschiede in den Einschätzungen der Chancengerechtigkeit ist durch individuelle Merkmale begründet.

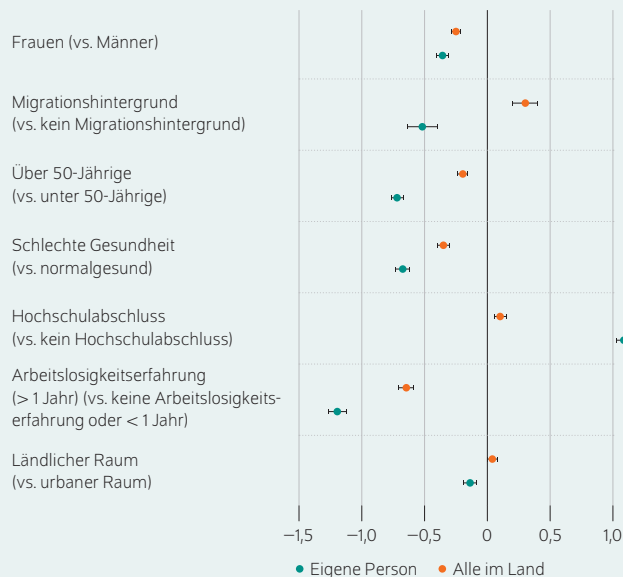
Zugehörige benachteiligter Gruppen fühlen sich öfter gerechter Chancen beraubt

Wenig überraschend schätzen benachteiligte Personengruppen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt weniger gerecht ein und sind sensibler für allgemeine Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Frauen, Personen mit Migrationshintergrund, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Menschen mit deutlichen gesundheitlichen Einschränkungen schätzen die Gerechtigkeit ihrer eigenen Chancen schlechter ein als Männer, Menschen ohne Migrationshintergrund, jüngere und Gesunde. Frauen, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen bewerten auch die allgemeine Chancengerechtigkeit jeweils geringer als Männer, unter 50-Jährige, und Gesunde (Abbildung 5). Personen mit Migrationshintergrund empfinden die allgemeine Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt etwas positiver als Personen ohne Migrationshintergrund. Auch vorherige Arbeitslosigkeit prägt die

Abbildung 5

Individuelle Einflussfaktoren auf wahrgenommene Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt für alle Menschen im eigenen Land und die Befragten selbst

Ergebnisse des Random-Intercept-Modells mit Prädiktoren auf Individualebene (ungewichtet)



Lesehilfe: Negative Werte bedeuten geringere Zustimmung, höhere Werte größere Zustimmung. Die Nulllinie markiert die Vergleichsgruppe: In diesem Fall sind dies Männer, Personen ohne Migrationshintergrund und ohne Hochschulabschluss, ohne Arbeitslosigkeitserfahrung unter 50 Jahren und mit normaler Gesundheit. Im Mittel schätzen Frauen die Fairness ihrer eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt um 0,3 Punkte (auf einer Skala von 0–10) schlechter ein als Männer. Personen mit Hochschulabschluss schätzen ihre eigene Lage um einen ganzen Punkt höher ein. Die Balken markieren das 95-Prozent-Konfidenzintervall, das die Unsicherheit der Punktschätzung angibt. Schneidet der Balken die rote Nulllinie nicht, können die Unterschiede zwischen den jeweiligen Vergleichsgruppen nicht auf Zufall zurückgeführt werden.

Quelle: ESS-Welle 9 (v 3.1), eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2022

Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Ältere und Menschen mit schlechter Gesundheit oder Arbeitslosigkeitserfahrung schätzen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt als weniger gerecht ein.

Bewertung der Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt: Wer einmal länger als ein Jahr arbeitslos war, sieht für sich selbst weniger Chancen als diejenigen, die bislang nicht arbeitslos waren. Befragte im ländlichen Raum beurteilen die eigene Lage ebenso etwas negativer, die allgemeine Situation jedoch etwas positiver. Befragte mit Hochschulabschluss schätzen die Chancengerechtigkeit am Arbeitsmarkt in ihrem Land ebenso wie ihre eigenen Chancen hingegen positiver ein. Zusammenfassend zeigt sich also, dass benachteiligte Gruppen ihre eigene Lage sowie die allgemeine Lage tatsächlich negativer wahrnehmen.

Angst vor Diskriminierung allein erklärt das mangelnde Vertrauen in Chancengerechtigkeit nicht

Von den Befragten, die befürchteten, keine faire Chance auf die von ihnen angestrebte Stelle zu haben, fühlten sich nur

zwölf Prozent einer diskriminierten Gruppe zugehörig.¹² Folglich ist die mangelnde empfundene Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt wohl nicht allein auf Angst vor Diskriminierung zurückzuführen. Gleichzeitig gab nur ein Drittel (35 Prozent) derer, die sich zu einer diskriminierten Gruppe zählten, an, keine faire Chance auf die gewünschte Beschäftigung zu haben (Abbildung 6).¹³ Die empfundene Zugehörigkeit zu einer diskriminierten Gruppe scheint sich also nur für rund ein Drittel der Befragten auch auf die eigenen Chancen am Arbeitsmarkt auszuwirken. Andererseits empfand ein Viertel derer, die sich grundsätzlich nicht zu einer diskriminierten Gruppe zählen, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt als nicht fair. Die Befragten scheinen auch andere als unfair erachtete Vergabemechanismen bei der Beantwortung der Frage einzubeziehen. Beispiele dafür sind die Bevorzugung beziehungsweise Benachteiligung aufgrund bestimmter zugeschriebener Merkmale (Geschlecht, Migrationshintergrund). Ein weiteres, klassisches Beispiel ist die Stellenvergabe aufgrund persönlicher Beziehungen („Vitamin B“). Die Chancen am Arbeitsmarkt sind in dem Fall unmittelbar davon abhängig, ob man die „richtigen Leute“ kennt. Die Befragten im ESS wurden nach ihrer Einschätzung gefragt, inwieweit derartige Merkmale und Mechanismen bei der Stellenbesetzung am Arbeitsmarkt in ihrem Land wichtig sind.

„Gute Kontakte“ gelten als wichtiger als Geschlecht oder Migrationshintergrund

Insgesamt schrieben mehr Befragte dem umgangssprachlichen „Vitamin B“ eine wichtige oder sehr wichtige Rolle bei der Vergabe von Arbeitsplätzen zu als dem Geschlecht oder dem Migrationshintergrund (Abbildung 7).¹⁴ Im regionalen Vergleich zeigt sich, dass an den westlichen und östlichen Rändern Europas ein höherer Anteil der Befragten persönlichen Kontakten eine sehr hohe Wichtigkeit zumisst als im Zentrum Europas. In skandinavischen Ländern wird dem Geschlecht eher eine geringere Rolle zugeschrieben als in eher traditionell geprägten Ländern. Ein Viertel der Befragten gab an, dass der Migrationshintergrund keine oder nur eine geringe Rolle bei der Vergabe von Jobs spielt. Elf Prozent waren der Meinung, dass der Migrationshintergrund einen sehr großen Einfluss auf diese Entscheidung habe. Die Einschätzungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden sich hier nicht in statistisch signifikanter Weise.¹⁵ Weitere Analysen auf Individual- und

¹² In der Gruppe, die die eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt als eher gerecht einschätzen, sind es acht Prozent. Der Unterschied ist statistisch signifikant.

¹³ Dies könnte unter anderem daran liegen, dass die Frage nach der fairen Chance, eine „angestrebte“ Stelle zu erhalten, bereits nach korrigierten, beziehungsweise angepassten Stellenpräferenzen fragt, die die Menschen angesichts ihrer soziodemographischen Merkmale für realistisch halten.

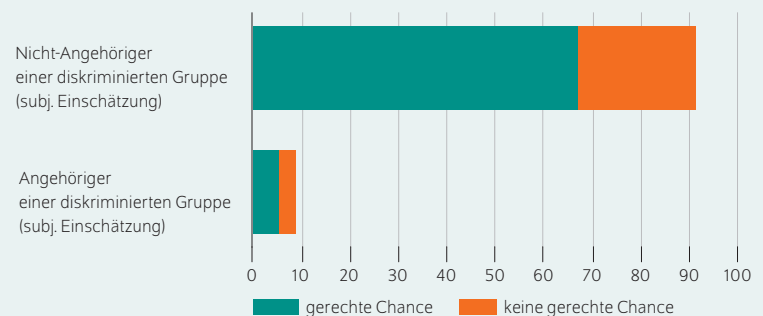
¹⁴ Die entsprechende Frage lautete „Wie viel Einfluss haben gute Kontakte / hat der Migrationshintergrund / hat das Geschlecht einer Person in [Land] Ihrer Meinung nach auf die Entscheidung, ob eine Person eingestellt wird oder nicht?“ Die Antwortskala reichte von 1 „Nicht viel oder keinen Einfluss“ über (2) „etwas Einfluss“ und (3) „ziemlich viel Einfluss“ (4) „sehr viel Einfluss“.

¹⁵ 23 Prozent der Befragten Migrantinnen und Migranten gaben an, dass die nationale Herkunft einer Person keinen oder nur einen geringen Einfluss habe. Unter den Befragten ohne Migrationshintergrund waren 26 Prozent derselben Meinung. Die Ansicht, dass der Migrationshintergrund sehr großen Einfluss habe, teilten 13 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund (im

Abbildung 6

Einschätzung der Gerechtigkeit der eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt nach subjektiv empfundener Zugehörigkeit zu einer diskriminierten Gruppe

Anteil (in Prozent) derjenigen, die mit Blick auf ihre eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt eher skeptisch sind.



Quelle: ESS-Welle 9 (v 3.1), gewichtete Werte.

© DIW Berlin 2022

Auch viele, die sich nicht zu einer diskriminierten Gruppe zählen, schätzen die eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt als nicht gerecht ein.

Länderebene zeigen, dass die Einschätzung der Wichtigkeit guter Kontakte bei der Vergabe von Arbeitsplätzen mit der empfundenen Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt in Zusammenhang stehen. Personen, die gute Kontakte als wichtig erachten, schätzen die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt für sich selbst und im Allgemeinen eher schlechter ein. Derselbe negative Zusammenhang ist auch auf Länderebene zu finden. In Ländern, in denen guten Kontakten mehr Bedeutung beigemessen wird, wird die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt im Allgemeinen und für sich selbst eher schlechter bewertet.¹⁶

Neben den individuellen Faktoren dürften auch nationale und regionale Charakteristika des Arbeitsmarktes eine Rolle bei der Einschätzung von fairen Chancen auf eine Stelle spielen.¹⁷ Eine vergleichende Analyse verschiedener Arbeitsmarktkindikatoren auf Länderebene zeigt, dass vor allem strukturelle Indikatoren wie etwa die Arbeitslosenquote, die Anzahl freier Stellen und infrastrukturelle Gegebenheiten mit der Einschätzung der allgemeinen Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt in Zusammenhang stehen (Abbildung 8).

Vergleich zu 11 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund). Der Unterschied zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen in der Einschätzung der Bedeutung des Migrationshintergrundes für Einstellungen ist jedoch signifikant.

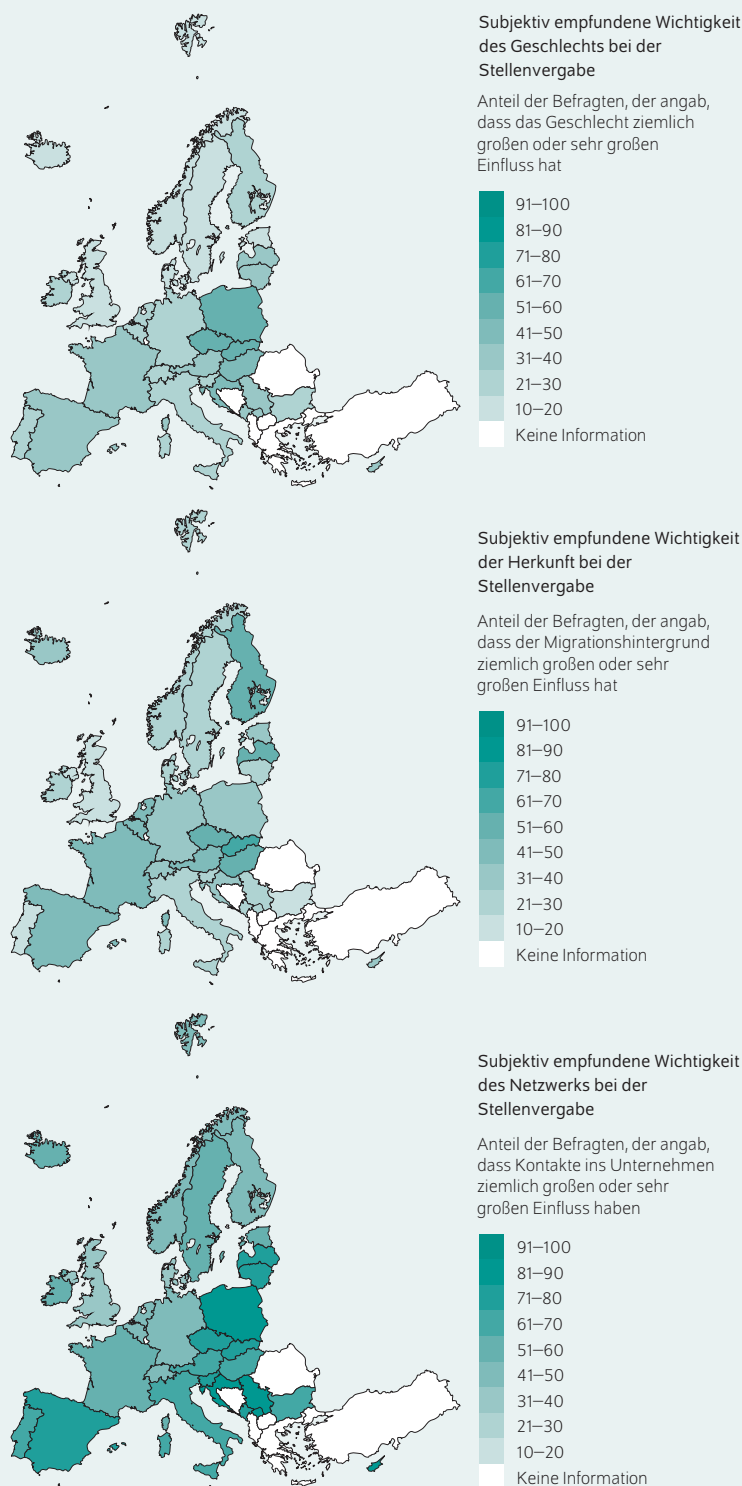
¹⁶ Der Korrelationskoeffizient beträgt -0,72 für die Einschätzung der eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt und -0,66 für die Einschätzung der allgemeinen Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt.

¹⁷ Da nur Daten für 29 europäische Länder zur Verfügung stehen, sind die Möglichkeiten multivariater statistischer Analysen hier sehr begrenzt. Daher wird im Folgenden vor allem auf bivariate deskriptive Analysen zurückgegriffen (Abbildung 8).

Abbildung 7

Subjektiv empfundene Wichtigkeit des Geschlechts, des Migrationshintergrunds und des Netzwerks bei der Stellenvergabe

Anteil (in Prozent) der Befragten, der das jeweilige Kriterium für wichtig oder sehr wichtig erachtet



Quelle: ESS-Welle 9 (v 3.1), gewichtete Werte

© DIW Berlin 2022

Fast überall in Europa werden gute Kontakte als wichtiger eingeschätzt als das Geschlecht oder der Migrationshintergrund.

Strukturelle Gegebenheiten des Arbeitsmarktes spielen wichtige Rolle für Vertrauen in Chancengerechtigkeit

Die Chance, eine bestimmte gewünschte Stelle zu erhalten, hängt zunächst vom Angebot und der Nachfrage nach Arbeitsplätzen ab. Dort, wo mehr offene Stellen zur Verfügung stehen und eine gute Infrastruktur¹⁸ besteht, sind die Befragten auch optimistischer. In Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit sind die Befragten eher pessimistisch. Auch stellenbezogene Arbeitsmarktcharakteristika scheinen eine Rolle zu spielen: Während ein höherer Anteil an Teilzeitjobs insgesamt positiv mit der Einschätzung der Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt korreliert ist, geht die Wahrnehmung der Fairness zurück, wenn der Anteil derjenigen steigt, die unfreiwillig in Teilzeit arbeiten. In Ländern, in denen ein höherer Anteil der Arbeitsverhältnisse befristet ist, wird die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt schlechter bewertet – unabhängig davon, ob die Befristung von den Angestellten erwünscht war oder nicht. Wo ein höherer Anteil des Bruttonationalproduktes in aktivierende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen investiert wird, wird auch die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt als etwas besser wahrgenommen. Die Stärke des Kündigungsschutzes, der Anteil der Stellen, die einem Tarifvertrag unterliegen oder auch die Existenz oder Höhe des Mindestlohns scheinen hingegen keine so große Bedeutung zu haben.

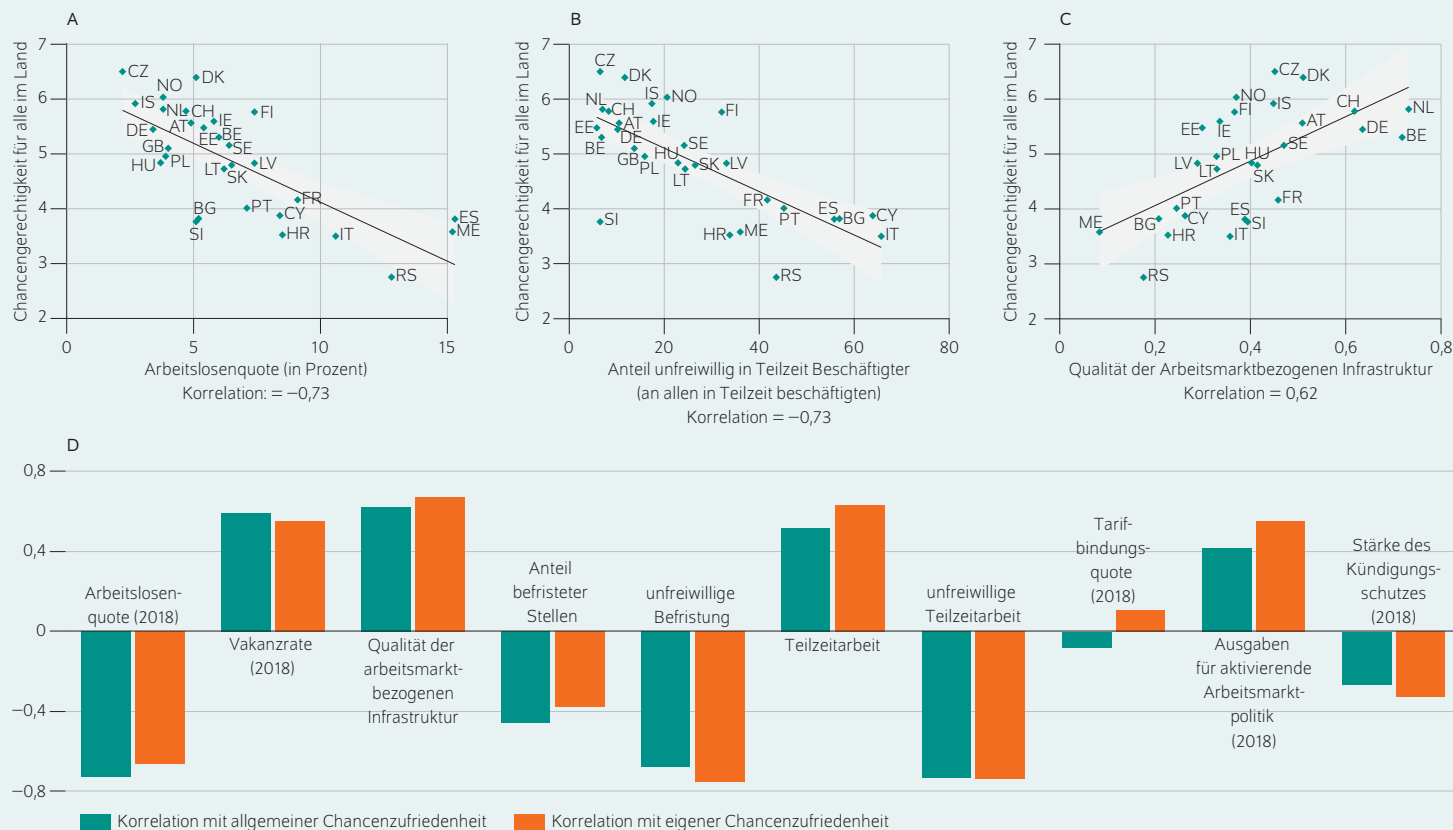
Aufgrund der geringen Anzahl an untersuchten Ländern ist es nicht möglich, eine größere Anzahl an strukturellen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in die Mehrebenenanalyse zu integrieren. Exemplarisch für die Teilbereiche, Arbeitsmarktstruktur, politische Maßnahmen und Stellencharakteristika wurden daher die drei Indikatoren herausgegriffen, die in den bivariaten Analysen die höchste Korrelation mit der wahrgenommenen Chancengerechtigkeit aufzeigten: die Arbeitslosenquote, die Qualität der arbeitsmarktbezogenen Infrastruktur und der Anteil der Teilzeitbeschäftigten, die nur eine Teilzeitbeschäftigung finden konnten. Nimmt man diese Variablen in ein Mehrebenenmodell auf, verbessert sich die Vorhersagekraft des Modells auf Länderebene um zwei Drittel. Der Anteil der Gesamtvarianz in der Einschätzung der Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt, der auf übrige Ländercharakteristika zurückzuführen ist, verringert sich auf fünf Prozent für die Einschätzung der allgemeinen Chancengerechtigkeit und auf drei Prozent für die Einschätzung der eigenen Chancengerechtigkeit. Alle Prädiktoren zeigen dieselben Effekte, wie sie auf Basis der bivariaten Analysen (Abbildung 8 a-c) zu erwarten waren.

¹⁸ Zur Messung der Güte der regionalen Infrastruktur wird der Mittelwert der Subindizes B21 (Transport) B22 (Digitale Anbindung) und B23 (Zugang zum Arbeitsmarkt) des ESPON Territorial Quality of Life Indizes verwendet. Die dem Index zugrunde liegenden Informationen werden auf NUTS3 Ebene, die etwa Landkreisen entspricht, gemessen, werden hier aber auf NUTS1 Ebene aggregiert (online verfügbar).

Abbildung 8

Zusammenhang mit Charakteristika des Arbeitsmarktes auf nationaler Ebene

Einheit jeweils in Abbildung angegeben



Quelle: ESS-Welle 9 (v 3.1), gewichtete Werte, Eurostat, OECD.

© DIW Berlin 2022

Wie gut die angebotenen Stellen zu den Bedürfnissen der Beschäftigten passen, ist für die empfundene Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt wichtig.

Fazit: Politische Bemühungen um Chancengerechtigkeit auf Arbeitsmarkt reichen nicht aus, um Vertrauen der Betroffenen zu gewinnen

Das Versprechen der Chancengerechtigkeit ist für die große Mehrheit der Europäerinnen und Europäer ein wichtiges Ziel. Fast ein Drittel der knapp 50 000 Befragten sieht dieses Ziel jedoch auf dem Arbeitsmarkt nicht ausreichend erfüllt. Dabei werden die eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt meist besser eingeschätzt als die aller Menschen im eigenen Land. Dass die eigenen Chancen oft besser bewertet werden als die Chancen der anderen, ist allerdings ein bekanntes psychologisches Phänomen.

Die Analysen zeigen auch, dass benachteiligte Personengruppen (Frauen, Ältere und von Krankheit Betroffene, Menschen mit Migrationshintergrund und mit Arbeitslosigkeits Erfahrungen) die Gerechtigkeit der eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt auch tatsächlich schlechter bewerten. Benachteiligung wird also auch subjektiv von den Menschen

so wahrgenommen. Dies heißt auch, dass die politischen Bemühungen um gerechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt nicht ausreichen, um das Vertrauen aller Bürgerinnen und Bürger in eine gerechte Chancenverteilung zu gewinnen.

Ein zentrales Merkmal der Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt besteht darin, dass persönliche Beziehungen und Kontakte bei der Stellenbesetzung keine Rolle spielen sollten. Dies unterstreicht wiederum die Wichtigkeit offener, auf Qualifikationen und formalisierten Verfahren beruhenden Besetzungsverfahren und die zentrale Bedeutung gleicher Wettbewerbsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt.

Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass das Vertrauen in die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt in Ländern größer ist, wenn die Arbeitslosigkeit gering und die Infrastruktur gut ausgebildet ist. Besonders wichtig scheint auch zu sein, dass die angebotenen Stellen gut zu den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer passen: Ein höherer Anteil an Teilzeitarbeitsplätzen geht mit größerem Vertrauen in die Chancengerechtigkeit auf dem

Arbeitsmarkt einher – je höher der Anteil der unfreiwillig in Teilzeit Beschäftigten, desto geringer ist allerdings das Vertrauen in die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt.

Offen bleibt hier, welche Auswirkungen eine eher skeptische Sicht auf die allgemeine und die eigene Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt auf das Verhalten der einzelnen Personen hat. Die Frage nach den individuellen und gesellschaftlichen Konsequenzen von fehlendem Vertrauen in die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt wurde bisher in der Fachliteratur – auch mangels Daten – wenig untersucht. Hier sollte künftige Forschung anknüpfen. Die Daten der neunten Erhebung des ESS dürften dabei eine wichtige Rolle spielen, sollten aber durch Paneldatenanalysen auf Individualebene erweitert werden.

Deutlich pessimistische Einschätzungen der Gerechtigkeit der eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt könnten demotivierend wirken und so die persönlich und gesellschaftlich

relevante Ausschöpfung von vorhandenem Potenzial verringern¹⁹ oder das Vertrauen in die Institutionen der Demokratie untergraben. Der hier aufgezeigte Zusammenhang zwischen der Einschätzung der Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt in einem Land und dem allgemeinen Vertrauen in die dortige Demokratie kann zwar nicht kausal interpretiert werden. Dennoch zeigt er, dass das Vertrauen, das die Bürgerinnen und Bürger eines Landes in ihr politisches System haben, stark damit korreliert, inwieweit sie die Verteilung der (Arbeitsmarkt-)Chancen im Land als gerecht ansehen. Wer also das Vertrauen in die Demokratie stärken möchte, tut sicher gut daran, sich um eine gerechte Chancenverteilung zu bemühen.

19 Wer sich ohnehin keine Chance auf eine Stelle mit hohem Einkommen oder Prestige einräumt – etwa aus Angst vor Diskriminierung –, hat geringere Anreize, sich selbst für die entsprechende Position zu qualifizieren. Folglich entgeht Volkswirtschaften, deren Bürger die Chancengerechtigkeit auf dem nationalen Arbeitsmarkt anzweifeln, potenzielles Humankapital und damit ein essenzieller Treiber der Produktivkraft der Wirtschaft.



INTERVIEW

„Soziale Gerechtigkeit ist die Voraussetzung für das Vertrauen in die Demokratie“

Stefan Liebig ist Direktor der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin sowie Mitglied des DIW-Vorstands

1. **Herr Liebig, Sie haben anlässlich des Welttags der sozialen Gerechtigkeit Daten aus mehreren europäischen Ländern untersucht. Ein Fokus liegt auf der Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Wie schätzen die europäischen Bürgerinnen und Bürger die Arbeitsmarktchancen ein?** Wir haben für diese Studie im Rahmen des European Social Survey 2018/2019 knapp 50 000 Personen nach zwei Aspekten der Chancengerechtigkeit gefragt: Wie bewerten Sie Ihre eigenen Chancen am Arbeitsmarkt und wie bewerten Sie ganz allgemein die Arbeitsmarktchancen in Ihrem Land? Bezüglich der eigenen Chancen sagen 50 Prozent der Befragten, dass sie eine faire Chance am Arbeitsmarkt haben, wenn sie sich jetzt eine neue Arbeitsstelle suchen würden. Aber nur noch 26 Prozent sagen, dass in ihrem Land alle eine faire Chance hätten, einen Arbeitsplatz zu bekommen.
2. **Welche Personengruppen schätzen die Gerechtigkeit ihrer eigenen Chancen als besonders niedrig ein?** Insbesondere Personen mit Migrationshintergrund nehmen ihre eigenen Chancen deutlich geringer wahr, schätzen aber auf der anderen Seite die Chancen allgemein in der Gesellschaft durchaus als höher ein. Hier sehen wir genau dieses Auseinanderdriften von der Bewertung der eigenen Situation und der Bewertung der Situation in der Gesellschaft. Negativ bewerten ihre Arbeitsmarktchancen auch Frauen und Personen mit schlechter Gesundheit, ebenso Personen, die Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit haben. Umgekehrt ist es bei Personen mit Hochschulabschluss. Sie bewerten die Arbeitsmarktchancen in der ganzen Gesellschaft weniger positiv als die eigenen.
3. **Wie groß sind in dieser Frage die Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern?** Wir haben hier ein ganz klares Muster. In den Ländern Nord- und Mitteleuropas werden die Arbeitsmarktchancen positiver wahrgenommen, sowohl die eigenen als auch die in der Gesellschaft. Eine negativere Wahrnehmung der Arbeitsmarktchancen beobachten wir in Ost- und Südeuropa.

4. **Ein anderer Punkt, der untersucht wurde, ist die Diskriminierung. Hat das Gefühl der Diskriminierung in den von Ihnen untersuchten Ländern zugenommen?** Seit 2008 beobachten wir, dass die wahrgenommene Diskriminierung ansteigt, insbesondere dort, wo es um die eigene Diskriminierung geht und dort insbesondere bei Frauen. Bei Frauen mit Migrationshintergrund ist das Gefühl, generell diskriminiert zu sein, am meisten gestiegen. Auch hier finden wir ein Muster, aber in diesem Fall umgekehrt, weil wir in den nord- und mitteleuropäischen Ländern eine höhere Sensibilität gegenüber Diskriminierung der eigenen Gruppe beobachten.
5. **Inwieweit gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Gefühl der Diskriminierung und dem mangelnden Vertrauen in die Chancengerechtigkeit?** Wir beobachten, dass Frauen ihre eigenen Chancen am Arbeitsmarkt weniger positiv einschätzen. Aber im Unterschied zu den Informationen über die subjektive Diskriminierungserfahrung haben wir hier keine Längsschnittdaten. Von daher können wir nicht sagen, ob die Wahrnehmung der Chancengerechtigkeit über die Zeit zu- oder abgenommen hat. Aber es liegt eigentlich auf der Hand, dass es hier einen Zusammenhang gibt. Der vielleicht noch interessantere Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Chancengerechtigkeit, sowohl der eigenen als auch der im Land, ist eigentlich der Zusammenhang mit dem Vertrauen in die Demokratie, denn dort wo wir eine positive Einschätzung der Chancengerechtigkeit beobachten, finden wir auch ein höheres Vertrauen in die Demokratie. Wir sind der Überzeugung, dass soziale Gerechtigkeit die Voraussetzung dafür ist, dass Personen Vertrauen in die Demokratie haben und sich entsprechend politisch beteiligen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

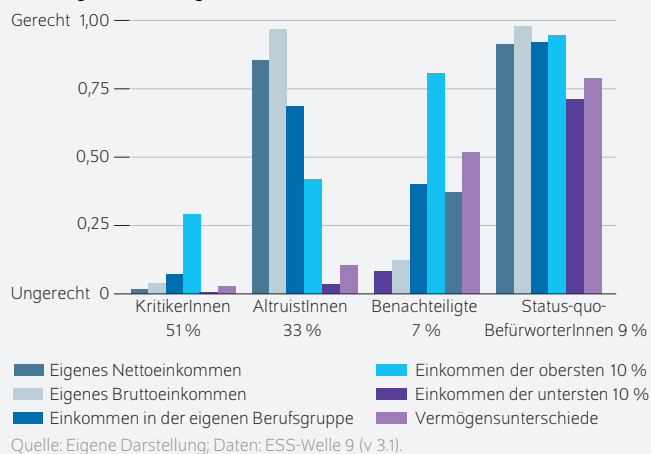
Gerechtigkeitsprofile in Europa: Große Unterschiede bei der Bewertung von Ungleichheit

Von Cristóbal Moya und Jule Adriaans

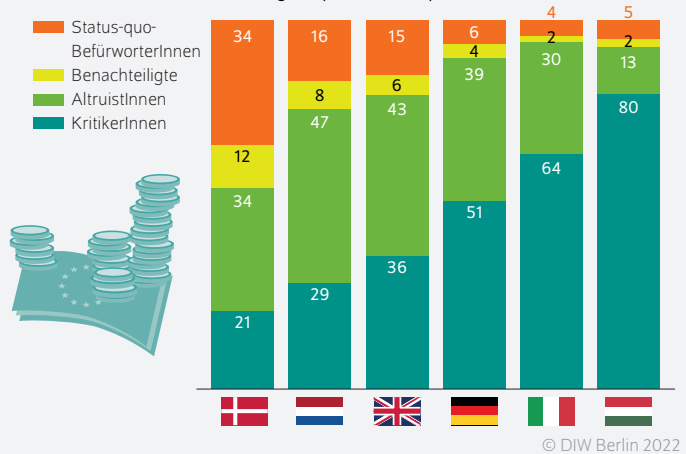
- Aktuelle Befragungsdaten zeigen: Die Sorge um soziale Gerechtigkeit ist in der europäischen Bevölkerung weit verbreitet
- Befragte lassen sich vier unterschiedlichen Gerechtigkeitsprofilen zuordnen: KritikerInnen, AltruistInnen, Benachteiligte und Status-quo-BefürworterInnen
- KritikerInnen identifizieren Ungerechtigkeiten in vielen Bereichen und sind vor allem in Osteuropa vorherrschend
- AltruistInnen, die ihre eigene Situation als gerecht, die der anderen aber als ungerecht bewerten, dominieren in den nord- und westeuropäischen Ländern
- Die zahlenmäßig kleineren Gruppen der Benachteiligten und Status-quo-BefürworterInnen unterstützen Umverteilung weniger stark

Während in Osteuropa KritikerInnen dominieren, stellen in Nord- und Westeuropa AltruistInnen den größten Anteil

Gerechtigkeitsbewertungen der Profile



Gerechtigkeitsprofile in Europa



ZITAT

„Politische Antworten auf Ungleichheit sollten unterschiedliche Gerechtigkeitsprofile berücksichtigen. Bei einem großen Anteil von KritikerInnen in einem Land sollten Maßnahmen ergriffen werden, von denen eine breite Mehrheit profitiert. Wenn AltruistInnen und Benachteiligte dominieren, sollten zielgenauere Interventionen umgesetzt werden.“

— Jule Adriaans —

Gerechtigkeitsprofile in Europa: Große Unterschiede bei der Bewertung von Ungleichheit

Von Cristóbal Moya und Jule Adriaans

ABSTRACT

Die zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen wird in Europa intensiv diskutiert. Obwohl es für die Gestaltung von Sozialpolitik eine große Rolle spielt, ob Ungleichheiten als gerecht oder ungerecht angesehen werden, ist bisher wenig erforscht, wie BürgerInnen diese Ungleichheiten im Einzelnen bewerten. Um diese Lücke zu schließen, werden die Antwortprofile untersucht, die den Gerechtigkeitsbewertungen von Einkommen und Vermögen im European Social Survey (2018/2019) zugrunde liegen. Unter europäischen Erwerbstätigen werden vier solcher Gerechtigkeitsprofile identifiziert: Die Profile KritikerInnen, AltruistInnen, Benachteiligte und Status-quo-BefürworterInnen unterscheiden sich in Bezug darauf, ob und wo in der Einkommens- und Vermögensverteilung sie Ungerechtigkeiten feststellen. Die meisten Befragten gehören entweder zu den KritikerInnen, die Ungerechtigkeiten in allen Bereichen feststellen und Umverteilung befürworten, oder zu den AltruistInnen, die ihre eigene Situation als gerecht, die gesellschaftlichen Einkommens- und Vermögensunterschiede jedoch als ungerecht bewerten. Die weit verbreitete Sorge um soziale Gerechtigkeit sollte politisch aufgegriffen werden. Bei der Gestaltung länderspezifischer politischer Maßnahmen sollte jedoch berücksichtigt werden, wo in der Vermögens- und Einkommensverteilung Ungerechtigkeiten identifiziert werden.

ExpertInnen und EntscheidungsträgerInnen haben Einkommens- und Vermögensungleichheiten in den letzten zehn Jahren intensiv diskutiert.¹ Im Gegensatz zu der Bedeutung, die dem Oberthema Ungleichheit im politischen Diskurs beigemessen wird, scheint BürgerInnen weniger die Existenz von Ungleichheit per se zu stören, sondern vielmehr Ungerechtigkeit.² Dabei bewerten Menschen die Ungerechtigkeit einer Reihe von Gütern, zum Beispiel Einkommen und Vermögen. Diese Bewertungen können sie selbst betreffen (beispielsweise ihr eigenes Einkommen) oder weiter von ihrer eigenen Situation entfernt sein und etwa das Einkommen anderer oder allgemeine Vermögensunterschiede betreffen.³ Insgesamt sind solche subjektiven Gerechtigkeitsbewertungen dabei mit negativen Konsequenzen sowohl für die und den Einzelnen als auch für die Gesellschaft verbunden. Die Relevanz des Themas soziale Gerechtigkeit spiegelt sich auch in politischen Debatten wider: So trägt der Koalitionsvertrag der Bundesregierung den Titel „Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ und spezifiziert: „Ein hohes Beschäftigungsniveau und gerechte Entlohnung sind Grundlage für unseren Wohlstand und die Finanzierung unserer sozialen Sicherung.“ Aus diesem Anspruch heraus wird auch die geplante Anhebung des Mindestlohns auf zwölf Euro begründet.⁴

¹ OECD (2015): In It Together: Why Less Inequality Benefits All. OECD Publishing, Paris (online verfügbar, abgerufen am 11. Januar 2022. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt); Kathryn M. Neckerman und Florence Torche (2007): Inequality: Causes and Consequences. *Annual Review of Sociology* 33, 335–357; Fabian Pfeffer und Nora Waitkus (2021): The Wealth Inequality of Nations. *American Sociological Review*, 86 (4), 567–602.

² Lane Kaneworth und Leslie McCall (2008): Inequality, Public Opinion and Redistribution. *Socio-Economic Review* 6, 35–68; Jan Janmaat (2013): Subjective Inequality: A Review of International Comparative Studies on People's Views about Inequality. *European Journal of Sociology* 54 (3), 357–389; Jonathan Mijs (2021): The Paradox of Inequality: Income Inequality and Belief in Meritocracy Go Hand in Hand. *Socio-Economic Review* 19 (1), 7–35; Christina Starmans, Mark Sheskin und Paul Bloom (2017): Why people prefer unequal societies. *Nature Human Behaviour* 1, 1–7.

³ Guillermina Jasso (2015): Thinking, Saying, Doing in the World of Distributive Justice. *Social Justice Research*, 28 (4), 435–478; Guillermina Jasso, Kjell Törnblom und Clara Sabbagh (2016): Distributive Justice. In: Clara Sabbagh und Manfred Schmitt (Hrsg.): *Handbook of Social Justice Theory and Research*. New York, 201–218.

⁴ SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FDP (2021): Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP). S. 65. (online verfügbar).

Kasten 1

Das Manifesto-Projekt

Das Manifesto-Projekt erfasst Wahlprogramme aus über 50 Ländern und kategorisiert die darin behandelten Themen. In diesem Bericht werden Informationen aus den Wahlprogrammen der jeweils letzten Wahlen auf nationaler Ebene in 24 europäischen Ländern verwendet.¹ Dies umfasst Wahlen zwischen März 2017 (Bulgarien) und September 2021 (Deutschland). Insbesondere wird der Code verwendet, der sich auf das „Konzept der sozialen Gerechtigkeit und die Notwendigkeit einer fairen Behandlung aller Menschen“ bezieht.² Für jedes Land wurde analysiert, wie häufig dieses Thema in den Wahlprogrammen vorkommt. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass nicht alle im Manifesto-Projekt erfassten Parteien für die politische Debatte gleichermaßen relevant sind, wurde jedes Wahlprogramm mit dem Stimmenanteil gewichtet, der bei der Wahl erreicht wurde, auf die sich das jeweilige Programm bezieht.

¹ Andrea Volkens et al. (2021): The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2021a (online verfügbar).

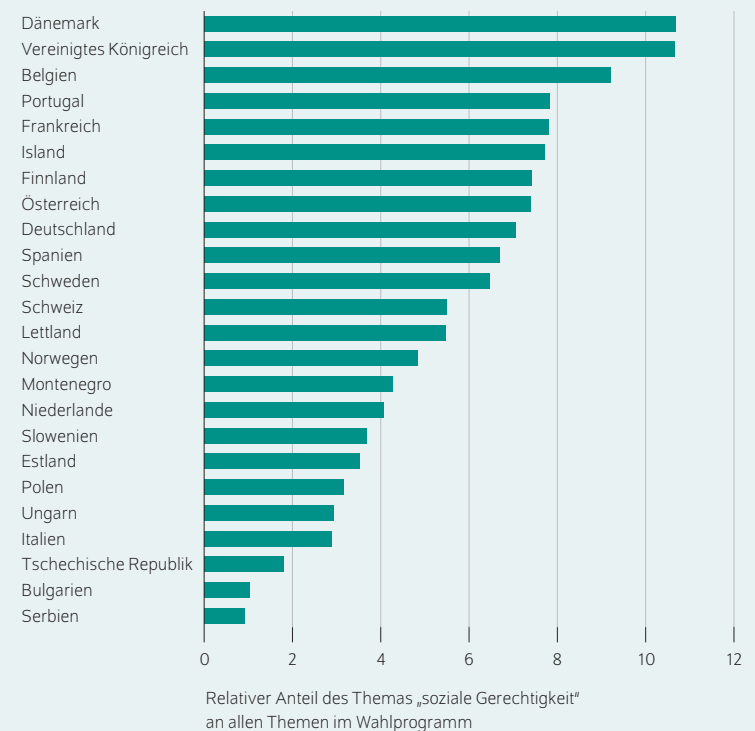
² Code per 503, Definition: Gleichheit: Positives Konzept der sozialen Gerechtigkeit und der Notwendigkeit einer fairen Behandlung aller Menschen. Dies kann Folgendes beinhalten: – Besonderer Schutz für unterprivilegierte soziale Gruppen; – Beseitigung von Klassenschranken; – Notwendigkeit einer gerechten Verteilung von Ressourcen; – Beendigung von Diskriminierung (beispielsweise rassistische oder sexuelle Diskriminierung).

Erweitert man den Blick darauf, wie häufig das Thema soziale Gerechtigkeit in Wahlprogrammen in ganz Europa angesprochen wird, zeigt sich, dass soziale Gerechtigkeit eine relevante Kategorie in politischen Debatten in Europa zu sein scheint (Abbildung 1). Das Manifesto-Projekt analysiert den Inhalt von Wahlprogrammen und kategorisiert die von den einzelnen Parteien angesprochenen Themen anhand eines vorgegebenen Schemas (Kasten 1). Während das Thema soziale Gerechtigkeit von den politischen Parteien in allen untersuchten Ländern behandelt wird, findet es in West- und Nordeuropa mehr Beachtung als in Osteuropa.

Der Blick in die Wahlprogramme erzählt jedoch nur eine Seite der Geschichte und es bleibt unklar, wie sehr sich die Bevölkerung um soziale Gerechtigkeit sorgt und inwieweit sie Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen erkennt. Dass BürgerInnen Ungleichheit feststellen, muss dabei nicht zwangsweise bedeuten, dass sie politische Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheit unterstützen.⁵ Untersuchungen haben vielmehr gezeigt, dass die Menschen in Deutschland und Europa nicht absolute Gleichheit befürworten. Viele geben stattdessen an, dass Einkommen und Vermögen so verteilt werden sollen, dass

⁵ Charlotte Cavaillé und Kris-Stella Trump (2015): The Two Faces of Social Policy Preferences. The Journal of Politics 77 (1), 146–160.

Abbildung 1

Anteile von sozialer Gerechtigkeit in Wahlprogrammen
In Prozent

Anmerkungen: Für jedes Land wurden die Parteiprogramme der wichtigsten Parteien für die letzte Wahl auf nationaler Ebene berücksichtigt und mit dem Stimmenanteil gewichtet, den diese Parteien bei der jeweiligen Wahl erhielten.

Quelle: Eigene Berechnungen; Daten: Manifesto Data Collection, Version 2021a.

© DIW Berlin 2022

Soziale Gerechtigkeit wird in Wahlprogrammen in ganz Europa thematisiert, aber in den nord- und westeuropäischen Ländern häufiger erwähnt.

die Grundbedürfnisse der Menschen gedeckt werden, aber gleichzeitig auch individuelle Leistungen belohnt werden.⁶

Es ist eine komplexe Frage, ob solche normativen Präferenzen dazu führen, dass mehr Menschen sozialpolitische Maßnahmen befürworten. Dabei muss zwischen Eigeninteresse und Präferenzen für andere abgewogen werden.⁷ Ein umfassender Blick auf die Gerechtigkeitsbewertung bestehender Ungleichheiten kann dabei den Schlüssel zur Entwicklung politischer Maßnahmen liefern, die die von den BürgerInnen identifizierten Gerechtigkeitsdefizite adressieren.⁸

⁶ Jule Adriaans, Philipp Eisnecker und Stefan Liebig (2019): Gerechtigkeit im europäischen Vergleich: Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet, DIW Wochenbericht Nr. 45, 817–825; Jule Adriaans und Stefan Liebig (2021): Einkommensgerechtigkeit in Deutschland und Europa. In: Datenreport 2021. Bonn: Bundeszentrale für politische Aufklärung, 278–285.

⁷ Matthew Dimick, David Rueda und Daniel Stegmüller (2018): Models of Other-Regarding Preferences, Inequality, and Redistribution. Annual Review of Political Science, 21 (1), 441–460.

⁸ Toni Rodon und Marc Sanjaume-Calvet (2020): How Fair Is It? An Experimental Study of Perceived Fairness of Distributive Policies. The Journal of Politics 82 (1), 384–391.

Kasten 2

European Social Survey

Der European Social Survey (ESS) ist eine länderübergreifende Befragung, die seit 2002 alle zwei Jahre durchgeführt wird. Der ESS umfasst ein breites Spektrum europäischer Länder und bietet hochwertige Umfragedaten aus repräsentativen Stichproben der einzelnen Teilnehmerländer.¹ Jede Befragungswelle des ESS besteht dabei aus einem wiederholten Kernprogramm und wechselnden thematischen Fragebogenmodulen. Ein spezielles Modul mit dem Schwerpunkt „Gerechtigkeit und Fairness in Europa“ wurde in die jüngste Welle des ESS (Runde neun, durchgeführt in den Jahren 2018 und 2019) aufgenommen.² Die Befragung wurden in 29 europäischen Ländern durchgeführt und die Auswertungen umfassen insgesamt mehr als 26 500 Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig waren.

Gerechtigkeitsprofile

Es wurde untersucht, welche Antwortprofile sich in Europa in Bezug auf die Gerechtigkeitsbewertung von Einkommen und Vermögen finden lassen. Es wurden also Gruppen von Befragten identifiziert, die Einkommens- und Vermögensungleichheiten ähnlich bewerten. Dies stützt sich auf sechs verschiedene Fragen, in denen die Befragten die Gerechtigkeit ...

- ihres eigenen Brutto- sowie Nettoerwerbseinkommens,
- des Einkommens, das andere, die im gleichen Beruf arbeiten, erhalten,
- die jeweils höchsten und niedrigsten zehn Prozent der Einkommen im jeweiligen Land und
- die Vermögensunterschiede im Land

bewerten. Für jede der sechs Einschätzungen wurde untersucht, ob die Befragten diese Einkommens- und Vermögensunterschiede als ungerecht oder gerecht bewerten. Um Antwortprofile zu identifizieren, die die Gerechtigkeitsbewertung der Einkommens- und Vermögensunterschiede erfassen, wurde eine latente Klassenanalyse (LCA) verwendet.³ Die LCA identifiziert Gruppen von Befragten, die in ähnlicher Weise auf die sechs beobachteten Gerechtigkeitsbewertungen antworteten. Vier verschiedene solcher Gruppen werden hier identifiziert und jede befragte Person wird einer dieser Gruppen zu geordnet.

Um den Zusammenhang zwischen diesen Gerechtigkeitsprofilen und der Präferenz für Umverteilung zu untersuchen, wurde auf die Zustimmung oder Ablehnung der Befragten zu der Aussage „Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu verringern“ zurückgegriffen. Die Befragten konnten ihre Antwort anhand von fünf Antwortkategorien differenzieren: „Lehne stark ab“, „Lehne ab“, „Weder noch“, „Stimme zu“, und „Stimme stark zu“.

¹ Siehe zum Beispiel Christian Schnaudt et al. (2014): The European Social Survey: Contents, Design, and Research Potential. Schmollers Jahrbuch 134, 487–506. Nach vorheriger Registrierung können die Daten online abgerufen werden (online verfügbar).

² European Social Survey (2018): ESS Round 9 Module on Justice and Fairness – Question Design Final Module in Template, London: ESS ERIC Headquarters, City, University of London.

³ Alle Analysen können im OSF-Repository abgerufen werden (online verfügbar).

Vier unterschiedliche Gerechtigkeitsprofile in Europa: KritikerInnen, AltruistInnen, Benachteiligte und Status-Quo-BefürworterInnen

Im Rahmen der neunten Befragungswelle des European Social Survey (ESS), die zwischen 2018 und 2019 durchgeführt wurde, wurden Personen aus 29 europäischen Ländern um Gerechtigkeitsbewertungen gebeten. Die Befragten bewerteten ihr eigenes Erwerbseinkommen, die Einkommen anderer innerhalb ihrer Berufsgruppe, die Einkommen der oberen und unteren zehn Prozent der Einkommensverteilung des Landes sowie die Vermögensunterschiede im Land. Um gleichzeitig Bewertungen des eigenen Erwerbseinkommens und auch der Einkommen anderer abdecken zu können, werden nur die Antworten von erwerbstätigen Befragten betrachtet. Diese Bewertungen wurden genutzt, um die Befragten in Gruppen mit ähnlichen Bewertungsprofilen einzuordnen. Mithilfe einer latenten Klassenanalyse (LCA) (Kasten 2) wurden dabei vier unterschiedliche Antwortmuster identifiziert. Diese Muster werden im Folgenden als Gerechtigkeitsprofile bezeichnet. Die mit 51 Prozent

der Befragten größte Gruppe in Europa bewertet tendenziell alle abgefragten Bereiche als ungerecht und kann demnach als die Gruppe der *KritikerInnen* bezeichnet werden (Abbildung 2). Ein weiteres Drittel der Befragten gehört zur zweitgrößten Gruppe: diejenigen, die ihr eigenes Einkommen und das Einkommen ihrer Berufsgruppe als gerecht, die Einkommen der unteren zehn Prozent, die Einkommen der oberen zehn Prozent und Vermögensunterschiede aber als ungerecht bewerten. Diese Gruppe wird hier als *AltruistInnen* bezeichnet, da sie sich um andere sorgen und die Einkommens- und Vermögensverteilung kritisch bewerten, obwohl sie ihr eigenes Einkommen für gerecht halten. Außerdem gibt es zwei weitere, kleinere Gruppen, die als *Status-quo-BefürworterInnen* (neun Prozent) und als *Benachteiligte* (sieben Prozent) bezeichnet werden können. Die Befragten in der *Status-quo*-Gruppe sehen in der Regel keine Ungerechtigkeit in Bezug auf das eigene Einkommen, das Einkommen der anderen in der Gesellschaft oder in Bezug auf Vermögensunterschiede. Einkommen und Vermögen sind nach Ansicht dieser Befragten insgesamt gerecht verteilt. Die Befragten aus der Gruppe der *Benachteiligten* hingegen

neigen dazu, ihre eigene Situation als ungerecht, die Einkommen anderer sowie Vermögensunterschiede in der Gesellschaft im Allgemeinen jedoch als gerecht zu bewerten. Interessanterweise werden untere Einkommen zwar von den meisten Befragten eher als ungerecht bewertet, aber die *Benachteiligten* bewerten sie wesentlich häufiger als gerecht als *KritikerInnen* und *AltruistInnen*. Auch in der Gruppe derjenigen, die eher zum *Status quo* tendieren, werden die untersten Einkommen im Vergleich zu allen anderen Bewertungen am ehesten als ungerecht bewertet. *Benachteiligte* und *Status-quo*-BefürworterInnen stufen zudem die obersten Einkommen deutlich häufiger als die unteren Einkommen als gerecht ein. Zusammengefasst liefert dieses Muster Hinweise darauf, wo die jeweilige Gruppe Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung sieht: Während für *Benachteiligte* und *Status-quo*-BefürworterInnen – wenn überhaupt – das Gerechtigkeitsdefizit bei den unteren Einkommen zu liegen scheint, ist für *KritikerInnen* und *AltruistInnen* Einkommensungerechtigkeit sowohl bei den sehr niedrigen als auch bei sehr hohen Einkommen ein Problem. Allerdings ist anzumerken, dass selbst in der Gruppe der *KritikerInnen* obere Einkommen im Vergleich zu den anderen Bewertungen am häufigsten als gerecht bewertet werden, was die grundlegende Akzeptanz des Leistungsprinzips in Europa widerspiegelt.⁹

Trotz hohem Anteil von KritikerInnen in Osteuropa ist das Thema soziale Gerechtigkeit in Wahlprogrammen kaum präsent

Die vier Gerechtigkeitsprofile und ihre Verbreitung in Europa deuten darauf hin, dass soziale Gerechtigkeit ein Anliegen der Mehrheit der europäischen Erwerbstätigen ist und daher politisch aufgegriffen werden sollte. Eine Auswertung von Wahlprogrammen in Europa hat bereits einige Länderunterschiede bei der Bedeutung des Themas soziale Gerechtigkeit in politischen Debatten aufgezeigt. Darauf aufbauend wird untersucht, wie häufig die vier Gerechtigkeitsprofile in den 29 untersuchten europäischen Ländern vorkommen (Abbildung 3).

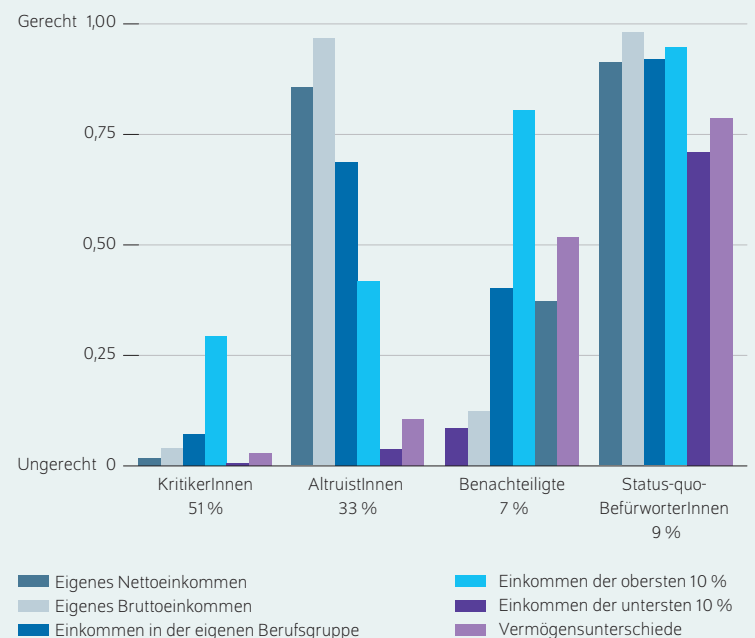
Ähnlich wie bei den Wahlprogrammen zeigt sich auch bei der Verteilung der vier Gerechtigkeitsprofile eine deutliche Kluft zwischen den osteuropäischen Ländern einerseits und den nord- und westeuropäischen Ländern andererseits. Allerdings scheint sich das Muster umzukehren: Während in den osteuropäischen Ländern das Thema soziale Gerechtigkeit in den Parteiprogrammen weniger präsent ist, überwiegen in diesen Ländern die *KritikerInnen*. Dies deutet auf eine Diskrepanz zwischen den Ansichten der BürgerInnen und den von den politischen Parteien angesprochenen Themen besonders in dieser Region hin.

Andererseits sind die *AltruistInnen* – also diejenigen, die das Einkommen anderer als ungerecht, ihr eigenes Einkommen aber als gerecht empfinden – in den nord- und westeuropäischen Ländern, in denen soziale Gerechtigkeit auch in den

Abbildung 2

Gerechtigkeitsprofile bei der Bewertung des eigenen Einkommens, des Einkommens anderer und der Vermögensunterschiede

Wahrscheinlichkeit, Dimension als gerecht zu bewerten



Anmerkungen: Die vier Gerechtigkeitsprofile sind das Ergebnis einer latenten Klassenanalyse (LCA). Für jedes Profil ist die Wahrscheinlichkeit dargestellt, dass eine Dimension als gerecht bewertet wird.

Quelle: Eigene Berechnungen; Daten: ESS-Welle 9, Version 3.1.

© DIW Berlin 2022

KritikerInnen und AltruistInnen, die breite Ungerechtigkeiten feststellen, sind in Europa am weitesten verbreitet.

Parteiprogrammen mehr Beachtung findet, stärker vertreten. In diesen Ländern sind auch die *Benachteiligten* häufiger zu finden. Der erhöhte Anteil von *AltruistInnen* und *Benachteiligten* in Ländern wie Dänemark, den Niederlanden und Schweden deutet darauf hin, dass reichere Kontexte vielfältigere Gerechtigkeitsprofile aufweisen und dementsprechend aus sozialpolitischer Sicht eine größere Herausforderung darstellen könnten.

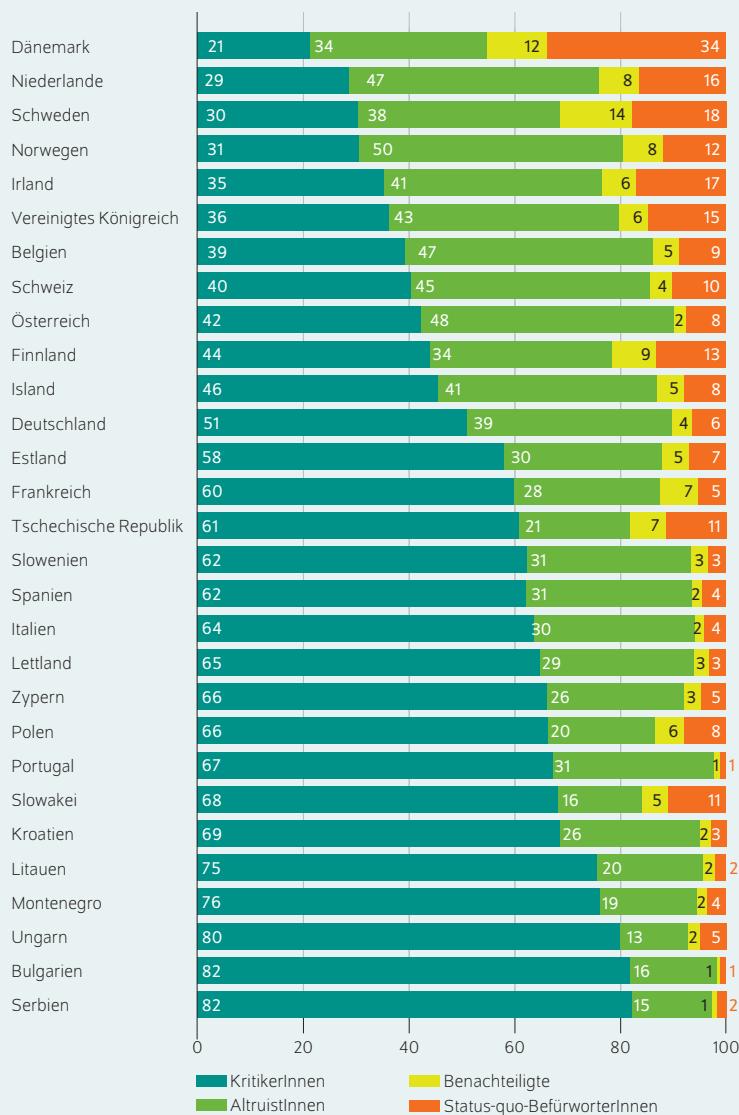
KritikerInnen und AltruistInnen befürworten eher Umverteilung

Ungerechtigkeitsbewertungen in Bezug auf Einkommen und Vermögen stellen eine Herausforderung für politische Systeme dar. Wohlfahrtsstaaten können dieser Herausforderung mit Umverteilungsmaßnahmen begegnen. Eine Frage für Sozialpolitik und Sozialwissenschaften ist daher, welche BürgerInnen solche Umverteilungsmaßnahmen unterstützen oder ablehnen. In diesem Sinne wurde der Zusammenhang zwischen den Gerechtigkeitsprofilen und der Aussage, dass der Staat Maßnahmen ergreifen sollte, um Einkommensunterschiede zu verringern, untersucht.

⁹ Adriaans et al. (2019), a. a. O.

Abbildung 3

Häufigkeit der Gerechtigkeitsprofile in Europa Anteile in Prozent



Anmerkungen: Die Zugehörigkeit zu den Gerechtigkeitsprofilen wird auf Basis einer latenten Klassenanalyse (LCA) vorhergesagt. In einigen Ländern kann sich die Summe aufgrund von Rundungen nicht auf 100 addieren.

Quelle: Eigene Berechnungen; Daten: ESS-Welle 9, Version 3.1.

© DIW Berlin 2022

In Osteuropa dominieren KritikerInnen, während in den reicheren nord- und west-europäischen Ländern AltruistInnen die größte Gruppe bilden.

Insgesamt unterstützen alle Profile diese Aussage. Es zeigt sich allerdings, dass unter den vier Profilen sowohl die *KritikerInnen* als auch die *AltruistInnen* Umverteilung stärker unterstützen als die *Benachteiligten* und diejenigen, die dazu neigen, den *Status quo* als gerecht zu bewerten (Abbildung 4). Dieses Muster ist zu erwarten, da die Befragten in den erstgenannten Gruppen dazu neigen, Ungerechtigkeit in einer Reihe von Dimensionen festzustellen, einschließlich derjenigen, die sich auf das Einkommen anderer und

die allgemeinen Vermögensunterschiede beziehen. Bei den *KritikerInnen* ist die Präferenz für Umverteilung sogar noch höher als bei den *AltruistInnen*. Diese Tendenz könnte darauf zurückzuführen sein, dass es zwar im Interesse der *AltruistInnen* liegt, das Einkommen anderer und allgemeine Vermögensunterschiede zu adressieren, aber das eigene Einkommen, das sie als gerecht bewerten, nicht zu verändern. Die *Benachteiligten* hingegen befürworten Umverteilung weniger stark, da sie vermutlich in erster Linie anstreben, ihr eigenes Einkommen zu verbessern und nicht Einkommens- und Vermögensunterschiede im Allgemeinen zu adressieren. Die geringste Unterstützung für Umverteilung findet sich bei den Befragten in der *Status-quo*-Gruppe. Einerseits ist dies ein erwartetes Muster, da die *Status-quo*-BefürworterInnen Einkommen und Vermögen generell als gerecht bewerten, was keine Wünsche nach Veränderungen nahelegt. Andererseits unterstreicht die stärkere Umverteilungspräferenz bei *KritikerInnen* und *AltruistInnen* auch, dass die Befragten in Europa die Reduktion von Einkommensunterschieden als eine mögliche politische Antwort auf die ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen ansehen. Wenn bestehende Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen als gerecht bewertet werden, erhalten Maßnahmen zu ihrer Beseitigung weniger Unterstützung.

Weitverbreitete Sorge um soziale Gerechtigkeit in Europa

Die zunehmenden Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen stehen im Mittelpunkt politischer und gesellschaftlicher Debatten – soziale Gerechtigkeit findet in Wahlprogrammen in ganz Europa Beachtung. Doch wie bewerten die BürgerInnen die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen? Es wurden sechs Gerechtigkeitsbewertungen zu Einkommen und Vermögen aus der jüngsten Welle des European Social Survey untersucht, um die zugrundeliegenden Gerechtigkeitsprofile von Erwerbstätigen in Europa zu identifizieren. Die größte Gruppe sind die *KritikerInnen*, die Ungerechtigkeit in Bezug auf ihr eigenes Einkommen, die Einkommen anderer und die allgemeinen Vermögensunterschiede feststellen. Diese Gruppe ist in Osteuropa besonders stark vertreten, was eine Kluft zwischen den Sorgen der Gesellschaft um soziale Gerechtigkeit und der vergleichsweise geringen Aufmerksamkeit für soziale Gerechtigkeit in Wahlprogrammen in Osteuropas aufzeigt.

Die zweitgrößte Gruppe – die *AltruistInnen* – neigen dazu, ihre eigene Situation als gerecht zu bewerten, stellen aber Ungerechtigkeit in Bezug auf das Einkommen anderer und die allgemeinen Vermögensunterschiede fest und zeigen damit, dass ihnen soziale Gerechtigkeit über ihre eigene Situation hinaus am Herzen liegt. Die *Benachteiligten* hingegen bewerten vor allem ihre eigene Situation als ungerecht, während die vierte Gruppe dazu neigt, den *Status quo* der Einkommens- und Vermögensverteilung als gerecht zu bewerten. Während die beiden letztgenannten Gruppen insgesamt einen relativ kleinen Anteil der Befragten in Europa ausmachen, sind sie in den reicheren nordeuropäischen Ländern stärker vertreten.

Insgesamt stellt die Mehrheit der Erwerbstätigen in Europa Ungerechtigkeiten in Bezug auf Einkommens- und Vermögensunterschiede fest. Dabei gilt für alle Profile, dass die untersten Einkommen jeweils häufiger als ungerecht bewertet werden, als dies für die obersten Einkommen innerhalb des jeweiligen Profils der Fall ist – was darauf hindeutet, dass die Sozialpolitik in ganz Europa gefordert ist, diese Ungerechtigkeiten anzugehen. Die Umfragedaten wurden jedoch vor der COVID-19-Pandemie erhoben. Da die Pandemie bestehende Ungleichheiten teilweise verstärkt und verfestigt¹⁰ und gesellschaftliche Konflikte im Hinblick auf die gerechte Verteilung von Finanzhilfen und Umverteilungs politik ausgelöst hat, könnte die Sorge um soziale Gerechtigkeit nun sogar noch größer geworden sein. Außerdem beschränkt sich die Analyse auf erwerbstätige Personen – womöglich identifizieren nicht-erwerbstätige Personen noch deutlichere Ungerechtigkeiten in Bezug auf die Einkommens- und Vermögensverteilung.

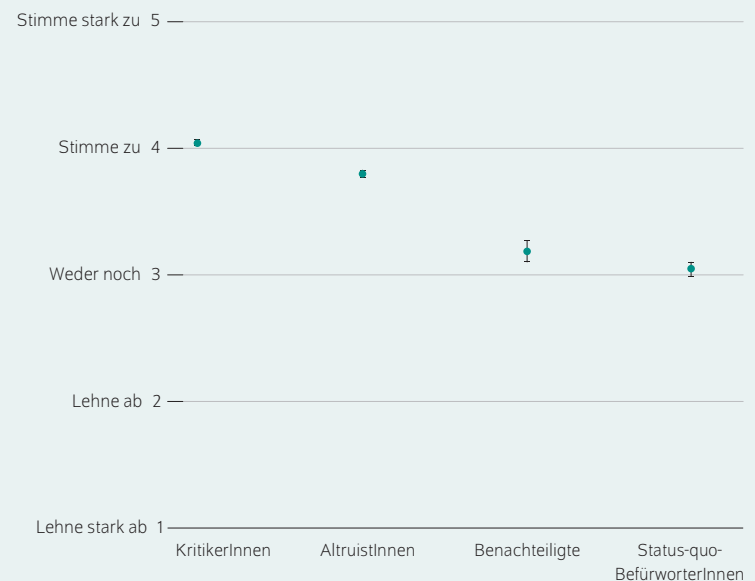
Abgesehen von einer allgemeinen Sorge um soziale Gerechtigkeit in Europa zeigt sich, dass diejenigen, die weitverbreitete Ungerechtigkeiten – entweder in Bezug auf sich selbst und andere oder nur in Bezug auf andere – feststellen, auch eine stärkere Präferenz für Umverteilung zeigen als diejenigen, die zur Gruppe der *Status-quo-BefürworterInnen* oder der *Benachteiligten* gehören. Dieser Zusammenhang unterstreicht, dass aus Sicht der Befragten die Reduktion von Einkommensunterschieden eine geeignete politische Antwort auf Ungerechtigkeiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung sein kann.

Allerdings hat die Frage, die zur Erfassung der Umverteilungspräferenz verwendet wurde, einen großen Nachteil: Sie fragt nicht ab, wer Geber oder Nehmer im Umverteilungsprozess sein sollte. Dies erscheint besonders dann relevant, wenn man bedenkt, dass sich die vier Gerechtigkeitsprofile nicht nur darin unterscheiden, ob sie Ungerechtigkeit wahrnehmen, sondern auch, wo diese Ungerechtigkeiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung zu finden sind.

In Ländern, in denen umfassende Ungerechtigkeit in Bezug auf Einkommen und Vermögen wahrgenommen wird, könnten sozialpolitische Maßnahmen mit breiten Umverteilungseffekten in Betracht gezogen werden. In Anbetracht seines großen Umverteilungspotenzials¹¹ könnte zum Beispiel gerade in Ländern, in denen die *KritikerInnen* überwiegen, ein bedingungsloses Grundeinkommen die umfangreichen Ungerechtigkeitswahrnehmung der BürgerInnen

Abbildung 4

Präferenz für Umverteilung nach Gerechtigkeitsprofilen



Anmerkungen: Die Präferenz für Umverteilung wird anhand der Zustimmung zu der Aussage „Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu verringern“ erfasst. Dargestellt sind die 95-Prozent-Konfidenzintervalle.

Quelle: Eigene Berechnungen; Daten: ESS-Welle 9, Version 3.1.

© DIW Berlin 2022

KritikerInnen zeigen die stärkste Präferenz für Umverteilung, während Benachteiligte und Status-quo-BefürworterInnen dies weniger stark unterstützen.

aufgreifen.¹² In Ländern mit einem hohen Anteil an Befragten, die zur Gruppe der Benachteiligten gehören – zum Beispiel Dänemark – könnte es dagegen schwierig sein, in der Bevölkerung starke Unterstützung für breit angelegte Umverteilungsmaßnahmen zu finden. Hier sollten sozialpolitische Maßnahmen vermutlich stärker Ungerechtigkeiten auf individueller Ebene adressieren und Arbeitsplätze mit einem fairen Einkommen fördern. Denkbar wären ein verbesserter Arbeitsschutz im Niedriglohnbereich oder die Erhöhung von Mindestlöhnen, die insbesondere auf eine Verbesserung von Monatseinkommen und nicht nur des Stundenlohns abzielt.¹³

In Deutschland hingegen kann nur ein kleiner Teil der Befragten als *Status-quo-BefürworterInnen* oder *Benachteiligte* eingestuft werden, was auf ein insgesamt starkes Interesse an sozialer Gerechtigkeit hindeutet. Bei der Gestaltung von Maßnahmen, um Ungerechtigkeiten in

¹⁰ Johannes Seebauer, Alexander S. Kritikos und Daniel Graeber (2021): Warum vor allem weibliche Selbstständige Verliererinnen der Covid-19-Krise sind. DIW Wochenbericht Nr. 15, 262–269; Jonas Jessen, C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich (2021): Sorgearbeit während der Corona-Pandemie: Mütter übernehmen größeren Anteil – Vor allem bei schon zuvor ungleicher Aufteilung. DIW Wochenbericht Nr. 9, 131–139.

¹¹ Philippe Van Parijs und Yannick Vanderborght (2017): Basic Income: A Radical Proposal for a Free Society and a Sane Economy. Cambridge, Massachusetts.

¹² Passend dazu zeigt sich in Ländern wie Litauen, Ungarn oder Slowenien, die einen hohen Anteil von *KritikerInnen* aufweisen, eine starke Zustimmung zur Idee des bedingungslosen Grundeinkommens. Siehe dazu Jule Adriaans, Stefan Liebig und Jürgen Schupp (2019): Zustimmung für bedingungsloses Grundeinkommen eher bei jungen, bei besser gebildeten Menschen sowie in unteren Einkommensschichten, DIW Wochenbericht Nr. 15, 263–270.

¹³ Alexandra Fedorets und Mattis Beckmannshagen (2021): Mindestlohn: Nicht nur die Höhe ist entscheidend. DIW Aktuell Nr. 61, 1–6. Adam Storer und Adam Reich (2021): 'Losing My Raise': Minimum wage increases, status loss and job satisfaction among low-wage employees. Socio-Economic Review 19 (2), 681–709.

der Einkommens- und Vermögensverteilung zu reduzieren, sollten politische AkteurInnen jedoch berücksichtigen, dass ein erheblicher Anteil der Befragten in Deutschland zur Gruppe der *AltruistInnen* gehört. Unter diesen Befragten, die ihre eigene Situation und auch die obersten Einkommen häufig als gerecht einschätzen, könnten

sozialpolitische Maßnahmen, die die Not der Ärmsten beheben, besonders große Unterstützung finden. Pläne der Bundesregierung zur Einführung eines Bürgergelds und ein erhöhter Mindestlohn scheinen daher mit der beobachteten Struktur der Gerechtigkeitsprofile übereinzustimmen.

Cristóbal Moya ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozialstrukturanalyse sozialer Ungleichheiten an der Universität Bielefeld | crisobal.moya@uni-bielefeld.de

Jule Adriaans ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel im DIW Berlin | jadriaans@diw.de

JEL: D31, D63, J30

Keywords: Social justice, Income and wealth inequalities, Europe

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 9/2022:

www.diw.de/diw_weekly



SOEP Papers Nr. 1157

2022 | Christos Koulovatianos, Carsten Schröder



Income-Dependent Equivalence Scales and Choice Theory: Implications for Poverty Measurement

Income-Dependent Equivalence Scales and Choice Theory: Implications for Poverty Measurement. Equivalence Scales are a tool for removing the heterogeneity of household sizes in the measurement of inequality, and affect poverty assessments and poverty lines. We address the disadvantage that poor households may suffer due to their reduced ability to share goods within the household. This disadvantage is important to estimate and embed in standard analysis, as it seems to have a substantial quantitative impact on the measurement of poverty. We also suggest that future research on the role of subsistence incomes of different household types in utility functions may shed light on explanations for poverty and may guide anti-poverty policies.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1158

2022 | Marleen von der Heiden, Ralf Himmelreicher



Was halten Geringverdienende vom Mindestlohn?

The central question of this essay is how low wage earners perceive the minimum wage. The basis is a qualitative study of 31 focus group participants conducted in the summer of 2015. One of the main findings is that low wage earners are faced with numerous hindrances in their employment. Most participants mentioned illness, caring for family members, child rearing and advanced age as their main challenges on the job market. These either meant the participants were unable to work full time or were unable to work at all. Some of the focus group participants were only marginally employed. The introduction of the minimum wage was perceived as a step in the right direction of combating wage dumping as well as a higher recognition of low wage earners. However, the minimum wage of 8.50 Euro at the time the study was conducted was perceived as too low to establish justice on the basis of wage justice and the needs-base principle for low wage earners. Additionally, participants see the need for improvement of minimum wage compliance and its supervision.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1159

2022 | Eva Asselmann, Susan Garthus-Niegel, Susanne Knappe, Julia Martini



Physical and Mental Health Changes in the Five Years before and Five Years after Childbirth: A Population-Based Panel Study in First-Time Mothers and Fathers from Germany

Background: The transition to parenthood is characterized by far-reaching changes in life. However, little prospective-longitudinal evidence from general population samples exists on changes of general physical and mental health in the years around the birth of a child among mothers and fathers. **Methods:** Using data from the German Socio-Economic Panel Study (SOEP), this study examined continuous and discontinuous short- and long-term

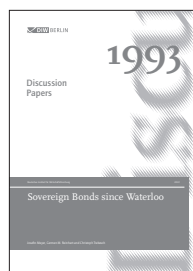
changes of general physical and mental health from five years before until five years after the birth of the first child in women ($N = 1,912$) and men ($N = 1,742$). Whether a child was born was assessed annually throughout the study. Physical and mental health was assessed biannually from 2002 to 2018 with the SF-12v2. **Results:** Multilevel analyses revealed that women experienced a considerable decrease of physical health during pregnancy, which remitted after delivery. On average, women's mental health increased in the last year before and first year after delivery. These mental health improvements were stronger in older vs. younger mothers and remained largely stable in the years after childbirth. In contrast, little evidence for changes of general physical or mental health in (expectant) fathers was found. **Limitations:** Physical and mental health was assessed with a short questionnaire only (SF-12v2). **Conclusions:** On average, women's mental health tends to improve before and after the birth of the first child. Men seem to be much less affected by the birth of a child than many previous studies suggest.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 1993

2022 | Josefin Meyer, Carmen M. Reinhart, Christoph Trebesch



Sovereign Bonds since Waterloo

This paper studies external sovereign bonds as an asset class. It compiles a new database of 266,000 monthly prices of foreign-currency government bonds traded in London and New York between 1815 (the Battle of Waterloo) and 2016, covering up to 91 countries. The main insight is that, as in equity markets, the returns on external sovereign bonds have been sufficiently high to compensate for risk. Real ex-post returns average more than 6 percent annually across two centuries, including default episodes, major wars, and global crises. This represents an excess return of 3-4 percent above US or UK government bonds, which is comparable to stocks and outperforms corporate bonds. Central to this finding are

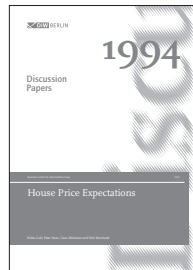
the high average coupons offered on external sovereign bonds. The observed returns are hard to reconcile with canonical theoretical models and the degree of credit risk in this market, as measured by historical default and recovery rates. Based on an archive of more than 300 sovereign debt restructurings since 1815, the authors show that full repudiation is rare; the median creditor loss (haircut) is below 50 percent.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1994

2022 | Niklas Gohl, Peter Haan, Claus Michelsen, Felix Weinhardt



House Price Expectations

This study examines short-, medium-, and long-run price expectations in housing markets. We derive and test six hypothesis about the incidence, formation, and relevance of price expectations. To do so, we use data from a tailored household survey, past sale and rental offerings, satellites, and from an information RCT. As novel findings, we show that price expectations exhibit mean reversion in the long-run. Moreover, we do not find evidence for biases related to individual housing tenure decisions or regret aversion. Confirming existing findings, we show that local market characteristics matter for expectations throughout, as well as aggregate price information. Lastly, we corroborate existing evidence that

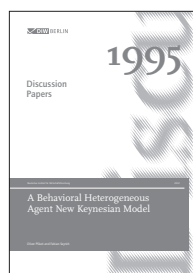
expectations are relevant for portfolio choice.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1995

2022 | Oliver Pfäuti, Fabian Seyrich



A Behavioral Heterogeneous Agent New Keynesian Model

We propose a behavioral heterogeneous agent New Keynesian model in which monetary policy is amplified through indirect general equilibrium effects, fiscal multipliers can be larger than one and which delivers empirically-realistic intertemporal marginal propensities to consume. Simultaneously, the model resolves the forward guidance puzzle, remains stable at the effective lower bound and determinate under an interest-rate peg. The model is analytically tractable and nests a wide range of existing models as special cases, none of which can produce all the listed features within one model. We extend our model and derive an equivalence result of models featuring bounded rationality and models featuring

incomplete information and learning. This extended model generates hump-shaped responses of aggregate variables and a novel behavioral amplification channel that is absent in existing HANK models.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





Kerstin Bernoth ist stellvertretende Leiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin.



Alexander Kriwoluzky ist Leiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin.

Der Kommentar gibt die Meinung der AutorInnen wieder.

K. BERNOTH UND A. KRIWOLUZKY

Preiskontrollen eignen sich nicht, um die Inflation zu bekämpfen

Hohe Energiepreise, Lieferengpässe und Corona lassen die Verbraucherpreise vielerorts in die Höhe schießen und versetzen Konsumentinnen und Konsumenten in Alarmstimmung. Mit der höheren Inflation kommt die Forderung auf, der Staat müsse nun endlich eingreifen. Er solle zum Beispiel Preissteigerungen verbieten oder Preise festsetzen. Eine staatliche Preiskontrolle hört sich erst einmal nach einem einfachen Mittel gegen weiter steigende Preise an. Doch ist der Staat überhaupt die richtige Adresse ist, um eine zu hohe Inflation zu bekämpfen?

Grundsätzlich gilt, was jeder schon im ersten VWL-Semester lernt: Bei einem vollkommenen Wettbewerb können Unternehmen ihre Preise nicht willkürlich nach oben setzen, sonst haut die Konkurrenz sie aus dem Feld. Sie sind „Preisnehmer“, der Preis ihrer Güter und Dienstleistungen entspricht ihren (marginalen) Produktionskosten. Eine Preisregulierung des Staates verringert demnach das Angebot, wenn die Einnahmen nicht mehr die Kosten der Herstellung decken. Die Folge sind leere Regale und ein unregulierter Schwarzmarkt – beides war in einem Teil Deutschlands bis 1990 bittere Realität. Warum wird dieser Vorschlag nun gerade wieder lebhaft diskutiert, wenn doch Theorie und erlebte Realität so übereinstimmen, wie sie es selten tun?

Es lohnt sich, den Vorschlag genauer anzuschauen. Ein Argument ist, dass eben nicht in allen Wirtschaftssektoren vollkommener Wettbewerb herrscht. In Märkten, in denen nur ein oder wenige große Anbieter vorhanden sind, können Unternehmen tatsächlich hohe Gewinne machen, indem sie ihre Marktmacht ausnutzen und Preise oberhalb ihrer (Grenz-)Kosten verlangen. Diese Situation besteht beispielsweise im Energiesektor, einem der Haupttreiber des aktuellen Inflationsanstiegs.

Ein weiteres Argument ist, dass mit Preisregulierung starke Preisschwankungen reduziert werden, wie sie bei wichtigen Baumaterialien und Vorprodukten für die Industrieproduktion zu beobachten sind. Preiskontrollen seien daher insbesondere bei wichtigen Rohstoffen attraktiv, die auf den internationalen Märkten stark schwanken. Dies erhöhe die Planungssicherheit bei Haushalten und Erzeugern.

Es gibt jedoch gute Einwände gegen staatliche Preiskontrolle. Zum einem ist es schwierig, die „richtige“ Höhe von Preisen vorzugeben. Hier besteht das Risiko, dass Fehler begangen werden, was dann zu einem geringeren Angebot und langfristig sogar zu höheren Preisen führt. Außerdem stellt sich die Frage, welche Preise kontrolliert werden sollten. Eine Festlegung auf politischer Ebene öffnet Korruption und Lobbyismus Tür und Tor. Im Falle des Energiemarktes könnten Preiskontrollen auch nur sehr schwer durchzusetzen sein. Energiepreise werden auf dem Weltmarkt bestimmt, auf den die nationalen und auch die EU-Behörden wenig Einfluss haben.

Und auch wenn Preiskontrollen in der besten Absicht eingeführt werden, bergen sie das Risiko, Wachstum und Fortschritt auszubremsen. Dies liegt unter anderem daran, dass Preisregulierungen den Konsum von nicht subventionierten Gütern auf subventionierte Güter verschieben. Außerdem können Preisobergrenzen die Gewinnspannen drücken und dadurch Investitionen und unternehmerische Aktivitäten hemmen.

Greift also der Staat mit Preiskontrollen ein, könnte er genau das Gegenteil dessen erreichen, was er eigentlich will. Stattdessen sollten andere Institutionen die Herausforderungen angehen. Da ist zum einen die Europäische Zentralbank, deren oberstes Ziel die Preisstabilität ist. Die Notenbank darf die Inflationserwartungen nicht aus dem Ruder laufen lassen. Um gegen Marktmacht und Missbrauch vorzugehen, hat sich die Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission unter Magrethe Vestager einen guten Ruf erworben. Die Wettbewerbskommissarin könnte, sollte eine der Ursachen der hohen Inflation wirklich Marktmacht sein, dieses Problem wesentlich effektiver angehen als jede andere Institution. Deswegen, Frau Lagarde und Frau Vestager, übernehmen Sie!

Dieser Beitrag ist am 26. Januar 2022 in einer längeren Fassung im IPG Journal erschienen.